

Neue Erscheinungsformen des deutschen Rechtspopulismus



Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (Hg.)

Neue Erscheinungsformen des deutschen Rechtspopulismus

Berlin
Dezember 2016

Impressum

Neue Erscheinungsformen des deutschen Rechtspopulismus

V.i.S.d.P.: Lala Süsskind

Editoren: Kathrin Haurand, Grischa Stanjek

Gestaltung: S. Geiselberechtiger, Grischa Stanjek

Fotografie: S. Geiselberechtiger, Kay Schmitt, Grischa Stanjek, Susette Wahren,
Michael Welper

Auflage 1. Auflage 2016

Herausgeber:

Jüdisches Forum für Demokratie und Gegen Antisemitismus e. V. (JFDA)

Postfach 73 00 98, 13062 Berlin

Telefon +49 (0)30 91 48 11 69

Telefax +49 (0)30 55 61 39 50

E-Mail juedisches.forum@gmail.com

Internet www.jfda.de

Gefördert durch Bundeszentrale Für Politische Bildung und Land Berlin (Senatsverwaltung
für Arbeit, Integration und Frauen, LADS)

Inhalt

- 5 **Editorial**
Lala Süsskind

INSTRUMENTALISIERUNG VON ISLAMISMUS UND IMMIGRATION

- 7 **Zwischen Willkommen und Hass – Die Einstellungen zu Geflüchteten, wie sie entstehen und wofür sie stehen**
Beate Küpper
- 15 **Welcome, or not welcome? – Wie offen soll Berlin für Neu-Zuwanderer sein?**
Reinhard Fischer
- 19 **Verschwörungsideologie, Selbstviktimsierung und Gewalt in Zeiten der „Flüchtlingskrise“**
Florian Eisheuer
- 25 **In der Gefahrenzone – Zum 15. Jahrestag von 9/11**
Frank Jansen

ANTISEMITISMUS UND VÖLKISCHE IDEOLOGIE

- 31 **Einigkeit und Recht und „Volksgemeinschaft“ – Überlegungen zur konformistischen Revolte in Deutschland**
Melanie Hermann
- 37 **Verschwörungsideologie mit deutscher Spezifik – Gedanken zur Aporie des „Reichsbürger“-Begriffs**
Jan Rathje

NEUE RECHTE UND RECHTSPOPULISMUS

- 43 **Zur Aktualität der identitären Ideologie**
Micha Brumlik
- 49 **Flüchtige Moderne 2.0 – Der Hass als neue Konstante**
Patrick Gensing
- 57 **Eine Spitze der Eisberge**
Samuel Salzborn
- 60 Autor_innen

Editorial

Lala Süsskind

(Vorsitzende des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V.)

Ängste von Jüdinnen und Juden vor einem Antisemitismus islamistischer Prägung müssen ernst genommen werden. Viele Einwanderer kommen aus Ländern, in denen über Jahrzehnte offen antisemitische Hetze gegenüber Jüdinnen und Juden und dem Staat Israel zur scheinbar neutralen Medienberichterstattung gehörte. Gleichzeitig darf man auch nicht in die Falle der Rechtspopulisten tappen, die den Asylsuchenden vorwerfen, deutsche Werte nicht zu respektieren.

Besonders nach dem Anstieg von islamistisch motivierten Terroranschlägen in Deutschland im Jahr 2016 und dem Anstieg von Asylsuchenden greifen Rechtspopulisten zunehmend auf einwanderungsfeindliche Themen zurück, um dadurch ihre demokratiefeindlichen, rassistischen, sexistischen, homophoben und eben auch oft antisemitischen Überzeugungen umso lauter verkünden zu können. Die Autor_innen Melanie Hermann, Florian Eisheuer, Samuel Salzborn und Jan Rathje entlarven in dieser Broschüre die völkischen und antisemitischen Ideologien des neuen deutschen Rechtspopulismus. Heute braucht man nicht mehr nur in NPD-Reden oder bei Kameradschaften nach völkischem Gedankengut zu suchen, sondern man findet es ganz offen ausgedrückt in der sogenannten Mitte der Gesellschaft. Durch Pegida und andere rechtspopulistische Gruppen finden verschwörungstheoretische, antisemitische, völkische und rassistische sowie islamfeindliche Ideen ihren Weg in breite Kreise der Gesellschaft. Der angebliche Ausnahmezustand unserer Gesellschaft rechtfertigt diesen neuen Tabubruch. Es ginge angeblich darum, endlich die Wahrheit zu sagen. Micha Brumlik und Patrick Gensing analysieren in diesem Zusammenhang die Funktion dieses Rechtspopulismus im Kontext der Moderne.

Inwiefern dieser aktuelle Rechtspopulismus keine neuen Erklärungsmuster anbietet, sondern vielmehr alte rechtsradikale Denkmuster durch islamfeindliche und einwanderungsfeindliche Argumente sowie durch antiisraelischen Antisemitismus ergänzt, zeigen die Artikel von Samuel Salzborn und Patrick Gensing. Der Islamwissenschaftler Reinhard Fischer attestiert der deutschen Gesellschaft in seinen Überlegungen zur Einwanderungsdebatte sogar eine Spaltung. Das Problem hierbei sei die geringe Kommunikation zwischen dem *Refugees-Welcome*-Lager und dem *Refugees-Not-Welcome*-Lager. Selbst wenn diese Spaltung nicht gleich überbrückt werden kann, so können wir uns doch alle an einem Aufdecken Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Ideologien beteiligen. Ein Entgegenreten gegen den Rechtspopulismus lohnt sich auch aus Sicht der Terror-Prävention: Frank Jansen sieht in seinem Beitrag gar einen Zusammenhang zwischen dem Erstarken rechter Ideologie in Deutschland und dem Anstieg islamistischer Aktivitäten. Denn rechte Gewalt gegen Muslime bedeutet einen propagandistischen Gewinn für die Islamisten.

Eine kritische Neu-Analyse alter rechter Ideologie im Gewand neuer rechter Strukturen und Aktivitäten ist dringend notwendig, um sie einerseits als antidemokratische und menschenfeindliche Theorien zu entlarven und andererseits, um gemeinsam Konzepte und Bildungsangebote entwickeln zu können. Ein Dialog darüber ist unerlässlich und wir hoffen mit dieser Broschüre dazu einen Anstoß geben zu können.

Dezember 2016

POLIZEI

C1117

FLIX
moeblix.com

ESCAPE

COLLEGE
9



Zwischen Willkommen und Hass*

Die Einstellungen zu Geflüchteten, wie sie entstehen und wofür sie stehen

Beate Küpper

* Der Beitrag basiert auf bereits publizierten eigenen Texten.

1 Bundeszentrale für politische Bildung: Zahlen zu Asyl in Deutschland, <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/flucht/218788/zahlen-zu-asyl-in-deutschland> (Stand: 01.12.2016).

2 Brückner, Herbert; Rother, Nina; Schupp, Jürgen (2016): IAB-BAMF-SOEP Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse, Forschungsbericht 29, Berlin: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

3 Bundeszentrale für politische Bildung (2016).

4 Mediendienst Integration: Wer kommt, wer geht?, <http://mediendienst-integration.de/migration/wer-kommt-wer-geht.html> (Stand: 06.01.2016).

← Geflüchtete erreichen Berlin Schönefeld (18.10.2015). Photo: Kay Schmitt, © redoc.eu

Weltweit waren seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie so viele Menschen auf der Flucht und die Wanderungsbewegungen werden mit anhaltenden Kriegen, Krisen und einer wachsenden Weltbevölkerung andauern. Richtig ist aber auch: Nur ein Bruchteil dieser Menschen kommt derzeit nach Europa und nach Deutschland. In den letzten beiden Jahren stellten rund 1,2 Millionen Personen einen Asylantrag beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.¹ Die Mehrheit der neu Hinzugekommenen ist jung – zwei Drittel sind unter 30 Jahre, ein Viertel der Neuankömmlinge sind sogar Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren. Zwei Drittel der Antragsteller sind männlich, ein Drittel ist weiblich, wobei vor allem bei den jüngeren Erwachsenen der Anteil von Männern deutlich überwiegt. Ein Drittel verfügt über eine höhere Schulbildung, viele verfügen bereits über Berufserfahrung.² Zwei Drittel der Antragstellenden auf Asyl kommen aus Syrien, Afghanistan und Irak, darüber hinaus kommen viele aus Eritrea, Nigeria und Somalia. Im vergangenen Jahr hat zudem die Anzahl von Antragstellern aus Iran und der Türkei zugenommen, hingegen die von Personen aus Albanien, Mazedonien, Serbien und dem Kosovo und Pakistan abgenommen.³ In Abhängigkeit des Herkunftslandes und des Zeitpunkts der Antragstellung unterscheidet sich der derzeitige Aufenthaltstitel und die Bleibeperspektive mit entsprechend unterschiedlichen Möglichkeiten, Chancen und Erwartungen für die Betroffenen.

Auch wenn die aktuelle Flüchtlingsbewegung nach Deutschland für viel und aufgeregte Debatten gesorgt hat – der kurze Blick in die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erinnert daran, dass eine solche Situation, in der in kurzer Zeit Menschen in großer Zahl ins Land kommen, keineswegs neu ist. Auch damals war deren Zuzug zunächst nicht immer willkommen. Einige Beispiele sind etwa die zwölf Millionen Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten nach dem Zweiten Weltkrieg, die Einwanderung von Gastarbeitern und ihren Familien aus Südeuropa und der Türkei in den 1960er bis 1980er Jahren, Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien Mitte der 1990er Jahre, Spätaussiedler und jüdische Kontingentflüchtlinge aus der Sowjetunion und anderen Staaten des ehemaligen Ostblocks in den 1990er und 2000er Jahren und schließlich Arbeitsmigrant_innen aus den neuen östlichen Mitgliedsländern der Europäischen Union insbesondere aus Polen, Rumänien und Bulgarien.⁴ Deutschland kann also von seinen langjährigen Erfahrungen als Einwanderungsland (und übrigens auch als Auswanderungsland) profitieren und – wenn es gut läuft – auch aus der Vergangenheit lernen und die Integration Neuangekommener aktiv fördern. Dazu gehört, die Neuangekommene nicht nur willkommen zu heißen, sondern auch, ihnen Teilhabe und zugleich auch den Erhalt eigener kultureller Identitäten auf



→ Protest gegen eine asylfeindliche Kundgebung (Berlin, 21.12.2016). Photo: Grisca Stanjek, © JFDA e.V.

gleicher Augenhöhe zu ermöglichen. Die große Mehrheit der Geflüchteten (85 Prozent) würde gern in Deutschland bleiben, unter anderem, weil diese davon überzeugt sind, Deutschland fühle sich mehr als andere Länder für die Unterstützung Schutzsuchender verantwortlich.⁵ Sie erhoffen sich in Deutschland vor allem ein Leben in Sicherheit und Frieden und nennen als wichtigsten Grund nach Deutschland zu kommen die Achtung der Menschenrechte.

Dies sind an sich gute Grundlagen für das zukünftige Zusammenleben – die Wahrscheinlichkeit, dass es gut läuft, ist umso höher, je integrativer sich die Alteingesessenen und übrigens auch jene, die selbst über Einwanderungserfahrungen verfügen, verhalten. Hier ist – und darüber berichtet der vorliegende Beitrag – die Haltung überwiegend positiver, als vielfach behauptet, zugleich zeichnen sich aber auch problematische Einstellungen ab, die weit über die Frage, wie jemand zur Aufnahme von Geflüchteten steht, hinausgehen.

Während das Land auf der einen Seite eine beeindruckende Hilfsbereitschaft mit vielen ehrenamtlich und professionell Engagier-

ten erlebt, die, anders als es viele Prognosen befürchteten, nach wie vor anhält, hat auch die Zahl gewalttätiger Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und Geflüchtete dramatisch zugenommen. Für die Jahre 2015 und 2016 zählt das Bundeskriminalamt offiziell jeweils über 1000 Übergriffe, darunter überwiegend Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, auch die Hasskriminalität gegen Unterstützer_innen von Geflüchteten hat zugenommen.⁶ Hinter Hetze und Gewalt stehen abwertende Einstellungen gegenüber Geflüchteten, die durchaus auch in der Mitte der Bevölkerung verbreitet sind. Sie sind Ausdruck einer Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit,⁷ die die humanistischen und demokratischen Grundwerte unserer Gesellschaft aushöhlt.

Mit Blick auf Flüchtlinge und Einwanderung allgemein sind die Einstellungen positiver, als vielfach behauptet. Im Sommer 2016 sagten 55 Prozent der Befragten der Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung,⁸ einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, dass sie es eher oder sogar voll und ganz gut zu finden, „dass Deutschland so viele Flüchtlinge aufgenommen hat“, weitere 24 Prozent antworteten

5 Brückner, Herbert; Fendel, Tanja; Kunert, Astrid; u.a. (Hg.) (2016): Geflüchtete Menschen in Deutschland. Warum sie kommen, was sie mitbringen und welche Erfahrungen sie machen, IAB-Kurzbericht 15/2016, Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

6 Berliner Morgenpost vom 16.12.2016. Angaben des Bundeskriminalamts unter Berufung auf Teilnehmende des Innenausschusses des Deutschen Bundestages. <http://www.morgenpost.de/politik/article206832619/Immer-mehr-Uebergriffe-gegen-Fluechtlingsunterkuenfte.html> (Stand: 16.12.2016).

7 Der Begriff und das Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wurden von Wilhelm Heitmeyer im Rahmen des gleichnamigen Langzeitprojekts (2002–11) in die Debatte eingeführt. Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2007): Deutsche Zustände, Folge 1–10. Berlin: Suhrkamp Verlag.

8 Zick, Andreas; Küpper, Beate; Krause, Daniela (2016): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände, hg. von Ralf Melzer, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

9 Küpper, Beate; Rees, Jonas; Zick, Andreas (2016): Geflüchtete in der Zerreiβprobe – Meinungen über Flüchtlinge in der Mehrheitsbevölkerung. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela, Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände, hg. von Ralf Melzer, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 83–110.

10 Transatlantic trends (2014): Mobility, Migration and Integration 2014, http://trends.gmfus.org/files/2014/09/Trends_Immigration_2014_web.pdf (Stand: 06.01.2016).

11 Ahrends, Petra-Angela (2015): Skepsis oder Zuversicht? Erwartungen der Bevölkerung zur Aufnahme von Flüchtlingen. Hannover: Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland.

12 Forschungsgruppe Wahlen: ZDF-Politbarometer vom 8.4.2016, http://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2016/April_I_2016/ (Stand: 23.12.2016).

13 Melzer, Ralf (Hg.) (2016): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

14 Infratest dimap: ARD Deutschlandtrend Februar 2016.

15 Ahrends (2015).

16 Infratest dimap: ARD Deutschlandtrend November 2016.

17 Allport, Gordon W. (1954): The Nature of Prejudice. Cambridge, MA: Perseus Books.

hier zumindest mit „teils-teils“.⁹ Bereits zuvor zeichnete sich als längerfristiger Trend eine immer positivere Haltung hin zu mehr Offenheit gegenüber Einwanderung ab.¹⁰ So erkennen viele Menschen durchaus auch positive Aspekte bei der Aufnahme von Geflüchteten, z. B. die „Chance, Neues und Bereicherndes für den eigenen Alltag zu entdecken“ (57 Prozent), dass dies „der Alterung der deutschen Bevölkerung entgegenwirkt“ (60 Prozent).¹¹ Die insgesamt positive Haltung zur Aufnahme von Flüchtlingen hält zudem entgegen zum Teil anderslautenden Behauptungen an. Von Juli 2015 bis April 2016 war nahezu stabil rund die Hälfte der Bevölkerung der Ansicht, Deutschland könne die vielen Flüchtlinge verkraften.¹² Auch im Sommer 2016 gaben noch 77 Prozent der Befragten der oben zitierten FES-Mitte Studie an, sie hätten „große Hoffnung, dass wir die Situation als Gesellschaft bewältigen werden“.¹³

Selbst nach der berüchtigten Silvesternacht 2016 in Köln, in der laut Polizeiauskunft „junge Männer nord-afrikanischer und arabischer Herkunft“ Frauen beklauten und zum Teil massiv in sexualisierter Weise übergriffig wurden, blieb die Stimmung überraschend stabil. Nach wie vor und seit Oktober 2015 nahezu konstant, gibt rund die Hälfte der Bevölkerung an, es mache ihnen „Angst, dass so viele Flüchtlinge zu uns kommen“, während die andere Hälfte der Bevölkerung keine Angst äußert.¹⁴ Als Gründe für ihre Angst nannten diese Befragten zuvorderst die Sorge vor dem Anwachsen des Rechtsextremismus, viele befürchten auch die Zahl extremistischer Muslime könne zunehmen.¹⁵ Auch wenn etliche Befragte wirtschaftliche Gründe für ihre Angst nennen wie eben die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt, Sorgen vor einer Verschuldung der öffentlichen Haushalte und zu hohe Kosten für die Versorgung und Unterbringung, sehen letztlich nur die Hälfte (53 Prozent) den „Wohlstand in Deutschland“ als bedroht an.¹⁶ Es zeichnet sich ab, dass es hierbei vor allem um vage Ängste und Sorgen geht. Denn nur eine kleine Minderheit von sechs bzw. sieben Prozent der Befragten der oben zitierten FES-Mitte-Studie fühlt sich ganz persönlich von Geflüchteten in ihrem

Wohlstand beziehungsweise ihrer Art und Weise, wie sie leben bedroht.

Viele Menschen dürften die Flüchtlingsbewegung als ein neues Phänomen wahrgenommen haben, auch wenn es das wie eingangs skizziert eigentlich nicht war. Zumindest legte die öffentliche Debatte nahe, dass das Phänomen neu ist. Daher dürften die wenigsten zu Beginn der Flüchtlingsbewegung schon eine Meinung dazu gehabt haben, sondern sich diese erst gebildet haben. Bei der Bildung von Meinung spielen vor allem einfache, gefühlsaufgeladene Botschaften eine Rolle, die an uralte, tief im kollektiven Gedächtnis verankerte Stereotype und Vorurteile anknüpfen. Vorurteile sind pauschale Urteile über Menschen.¹⁷ Das heißt, Eigenschaften und Verhaltensweisen, die vielleicht an einer einzigen oder wenigen Personen beobachtet wurden oder die auch nur als Gerücht weitergetragen werden, werden auf alle Personen, die man der gleichen sozialen Gruppe zuweist, verallgemeinert. In Bezug auf Flüchtlinge sind dies Vorurteile über „Muslime“ und über ganz allgemein „den Fremden“, die es zum Teil schon seit Jahrhunderten in ähnlicher Form gibt und an die viele Leute glauben, ganz im Sinne von „das weiß man doch“.

Geflüchteten wird unterstellt, sie wollten sich Leistungen erschleichen, würden über die eigentlichen Fluchtgründe lügen, sie seien kriminell oder gar Terroristen, und sie wollten „unsere Frauen überfallen“ beziehungsweise wahlweise, „uns unsere Frauen wegnehmen“. Hierin spiegelt sich das alte Stereotyp vom „gefährlichen fremden Mann“ (insbesondere, wenn er aus dem Orient kommt), das in kulturellen Bildern und Erzählungen tief verwurzelt ist und sich bis in die Zeit der Kreuzzüge und „den Türken vor Wien“ zurückverfolgen lässt. Daran wird deutlich, wie Vorurteile über Generationen weitergegeben werden und auch auf jeweils neue Gruppen übertragen werden. Wie im Brennglas lässt sich an der aufgeheizten Debatte der Vorfälle in der Silvesternacht in Köln beobachten, wie das hoch emotionale und uralte assoziative Stereotyp über „fremde“ junge, muslimische Männer wirkmächtig wurde.

Deutlich wird daran auch ein gehöriges Maß an Selbstgerechtigkeit und ein Messen mit doppeltem Maß, wie es für Vorurteile typisch ist. Denn während die Übergriffe in der Kölner Silvesternacht als Beleg für die mangelnde Integration und eine in der muslimisch-arabischen Tradition verankerte Verachtung von Frauen gelten, fehlt eine kritische Reflexion der patriarchalen Traditionen in der eigenen Kultur. Diese zeigt sich beispielsweise in dem zeitgleich bekannt gewordenen hohen Ausmaß häuslicher Gewalt und den jahrelangen geduldeten gewalttätigen und sexuellen Übergriffen von Repräsentanten der christlich-abendländischen Kultur auf die Sängerknaben der Regensburger Domspatzen. Beides ging in der öffentlichen Debatte nahezu unter. Die Überbetonung vermeintlich kultureller Unterschiede und die Zuweisung von negativen Eigenschaften an eine markierte Fremdgruppe dienen dabei der bequemen Aufwertung der Eigengruppe – man kann sich selbst im Vergleich zu den „Anderen“ besser fühlen.

Vorurteile gegen Geflüchtete sind also eine aktuelle Form der altbekannten Fremdenfeindlichkeit. Auch empirisch zeigt sich: Ein Vorurteil kommt selten allein. Die Abwertung von Geflüchtete hängt eng mit der Abwertung und Ausgrenzung anderer sozialer Gruppen zusammen – wer die eine Gruppe abwertet, tut dies mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit auch in Bezug auf andere Gruppen. Wer negative, abwertende Einstellungen gegenüber Geflüchteten hegt, neigt mit einiger Wahrscheinlichkeit auch zur Abwertung von Eingewanderten und Muslimen, aber auch zum Antisemitismus, ethnischen Rassismus, Sexismus sowie zur Abwertung von homosexuellen Menschen und fordert eher Vorrechte für Etablierte.¹⁸ Die Abwertung und Ausgrenzung dieser auf den ersten Blick ganz unterschiedlichen Gruppen bilden in diesem Sinne ein *Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*.¹⁹ Denn so unterschiedlich diese Vorurteile im Inhalt sein mögen und so unterschiedlich ihre Geschichte, so haben sie doch auch etwas gemeinsam. Stets geht es darum, soziale Hierarchien zwischen statushöheren und statusniedrigeren Gruppen,

etwa zwischen Alteingesessenen und Einwanderern, ethnischen oder religiösen Gruppen, Männern und Frauen, heterosexuell und gleichgeschlechtlich orientierten Personen und ähnlichen, zu erklären, zu rechtfertigen, zu erhalten oder sogar sie auszubauen.²⁰ Vorurteile liefern dann, legitimiert unter anderem auch durch den Verweis auf „natürliche“ oder „Gott gewollte“ Unterschiede, die Begründung, warum es richtig sein soll, dass die eine Gruppe oben und die andere weiter unten auf der sozialen Leiter steht.

Neben der Wirkung von Vorurteilen, ließen sich im Laufe der zweiten Jahreshälfte 2015 die Wirkung von weiteren Faktoren beobachten, die üblicherweise unsere Meinungsbildung egal zu welchem Gegenstand oder Phänomen beeinflussen und die in der sozialpsychologischen Einstellungsforschung vielfach untersucht wurden.²¹ Hierbei kam den Medien eine besondere Verstärkerrolle zu, transportierten sie doch Bilder und Meinungen über Geflüchtete insbesondere für diejenigen weiter, die selbst gar keine Geflüchtete kannten.

„Die Überbetonung vermeintlich kultureller Unterschiede und die Zuweisung von negativen Eigenschaften an eine markierte Fremdgruppe dienen dabei der bequemen Aufwertung der Eigengruppe – man kann sich selbst im Vergleich zu den „Anderen“ besser fühlen.“

Meinungsbildend wirkt auch die häufige Wiederholung einer Botschaft. Genau dies macht es so gefährlich, wenn Politiker_innen und seriöse Medien einfache Botschaften verbreiten und dabei tendenziöse Begriffe wie Flüchtlingsmassen, Flüchtlingskrise oder Notwehr verwenden und das häufig wiederholen. Indirekt beeinflussend kann hier auch die Zusammensetzung von Diskussionsrunden wirken: Wenn von vier Diskutanten einer offen rechtspopulistische Meinungen kund-

18 Zick, Andreas; Krause, Daniela; Berghan, Wilhelm; Küpper, Beate (2016): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002–2016. In: Zick, Andreas; Küpper, Beate; Krause Daniela, *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände*. Hg. von Ralf Melzer, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 33–82.

19 Heitmeyer, Wilhelm (2003): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse. In: ders., *Deutsche Zustände*, Folge 1. Frankfurt a. M./Berlin: Suhrkamp, S. 15–34.

20 Siehe auch Küpper, Beate/Zick, Andreas (2015): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Beitrag für die Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/214192/gruppenbezogene-menschenfeindlichkeit> (Stand: 06.01.2016).

21 Eine Übersicht über verschiedene Modelle der Informationsverarbeitung, auf deren Basis Einstellungen herausgebildet werden u.a. bei Chaiken, Shelly; Trope, Yaacov (1999): *Dual-Process Theories in Social Psychology*. New York, London: The Guilford Press.

tut, dann ist die subtile Botschaft: offenbar ist ein Viertel der Leute dieser Ansicht und wenn die Person sie auch im öffentlich-rechtlichen Fernsehen von sich gibt, kann sie so falsch ja nicht sein. Man kann davon ausgehen, dass diejenigen, die weniger fähig oder motiviert sind nachzudenken, diese Botschaften dann eher übernehmen. Sachliche Gegeninformation ist weitgehend machtlos, sie wird in der Regel gar nicht mehr zur Kenntnis genommen, ausgeblendet und auch vermieden.²²

Vor allem aber übernehmen Menschen die Meinungen von anderen, insbesondere dann, wenn diese anderen ihnen wichtig sind, sei es im Privaten, sei es aus der Öffentlichkeit (u. a. Politik, Medien, Kirchen), wenn sie dann für diese Meinungen z. B. durch ein Kopfnicken bestätigt werden, und die vermutete Meinung der Mehrheit zu sein scheint. Sie werden aber auch subtil durch die Art und Weise von scheinbar rein faktischen Darstellungen beeinflusst. Hier spielt dann u. a. auch die mediale Darstellung, die Verwendung von Begrifflichkeiten und die Übernahme von Deutungsmustern eine Rolle. Bilder der Flüchtlingsbewegung, die Masse und Chaos vermitteln, die Verwendung von Begrifflichkeiten wie „Flüchtlingskrise“, „Flüchtlingsflut“ und „Flüchtlingschaos“ und die unkritische Übernahme von Deutungsmustern von vermeintlicher „Angst und Sorge der Bürger“, die als Entschuldigung für die Verbreitung von Hass und Hetze gelten gelassen werden, entfalten hier ihre destruktive Kraft.

„Die Abwertung von Geflüchtete hängt eng mit der Abwertung und Ausgrenzung anderer sozialer Gruppen zusammen – wer die eine Gruppe abwertet, tut dies mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit auch in Bezug auf andere Gruppen.“

Am Beispiel der Flüchtlingsbewegung ließ sich in den vergangenen beiden Jahren beobachten, wie Meinungen gebildet und Mei-

nungen gemacht werden. Ist eine Meinung erst einmal herausgebildet, ist sie also nur mit Mühe veränderbar, ist es doch der kognitiv bequemere Weg, die eigenen Meinungen beizubehalten. Gefährlich wird es dann im nächsten Schritt, wenn diese Menschen sich in geschlossenen Kontexten (dazu gehören u. a. Foren sozialer Medien, Stammtischgruppe, Demonstrationen von Pegida, aber gegebenenfalls auch die Gemeinde) bewegen, in der die Einstellungen aller Beteiligten in die gleiche Richtung tendieren. Dann kommt es, getragen von dem Phänomen der Gruppenpolarisierung, leicht zu einer Selbstradikalisierung.²³ Denn in einem geschlossenen Kreis, in dem ähnliche Argumente ausgetauscht werden, fühlt man sich bestätigt, hört neue Argumente, die gut zu den alten passen und daher leicht zu verarbeiten sind, und auf der Suche nach Gruppenidentität und Bestätigung durch die anderen setzt man noch eins drauf.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, zu der auch die Abwertung von Asylsuchenden gehört, bildet gewissermaßen das Fundament eines Eisbergs, an dessen Spitze offen sichtbarer und gewaltbereiter Rechtsextremismus steht. Rechtsextremismus äußert sich erkennbar in der Wahl rechtsextremer Parteien, in rechtsextremen Gruppierungen und Kameradschaften und in Hasskriminalität, das heißt in Gewalt, die durch Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit motiviert ist. In der Mitte des Eisbergs steht der Rechtspopulismus, der in der Regel auf eine etwas geschicktere, weniger offensichtliche Art und Weise und ohne das klare Bekenntnis zu Gewalt auskommt, aber ebenfalls Ideologien der Ungleichwertigkeit zwischen „uns“ und „den anderen“ propagiert. Hinzu kommt beim Rechtspopulismus noch eine weitere Dimension, nämlich die zwischen „denen da oben“, denen nicht zu trauen ist (wahlweise „die Eliten“, „die Politiker“ oder „die Lügenpresse“) und „dem gemeinen Volk hier unten“, das erstens als ehrlich und zweitens als homogen, also als einig, geschlossen und gleich, dargestellt wird. Rechtspopulismus war in Deutschland lange weniger sichtbar als bei unseren europäischen Nachbarn, ist aber

22 Basierend auf Jerome Bruner und Leo Postman (1951): Zusammengefasst u. a. von Lilli, Waldemar; Frey, Dieter (Hg.) (1993): Die Hypothesentheorie der sozialen Wahrnehmung. Theorien der Sozialpsychologie, Band I: Kognitive Theorien. Bern: Huber Verlag, S. 49–78.

23 Moscovici, Serge; Zavalloni, Marisa (1969): The Group as a Polarizer of Attitudes. In: Journal of Personality and Social Psychology, 12. Washington: American Psychological Association, S. 125–135. Isenberg, Daniel, J. (1986): Group Polarization: A Critical Review and Meta-Analysis. In: Journal of Personality and Social Psychology, 50. Washington: American Psychological Association, S. 1141–1151.

derzeit mit den als harmlose Spaziergänge getarnten Demonstrationen von Pegida oder in Reden von Politiker_innen der neuen Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD), aber inzwischen auch bei einigen Politiker_innen anderer Parteien salonfähig geworden. Vorurteile wie Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus sind dabei Kernelemente des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus.²⁴ Die empirischen Befunde belegen, dass Befragte mit negativen Einstellungen gegenüber Geflüchteten, nicht nur häufiger zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gegenüber anderen sozialen Gruppen neigen, sondern auch eher harten, rechtsextremen Meinungen zustimmen.²⁵ Sie unterstützen z.B. eher nationalen Chauvinismus, eine rechtsgerichtete Diktatur oder verharmlosen den Nationalsozialismus.

Die Einstellungen im eigenen sozialen Umfeld erleichtert es rechtsextrem Denkenden dann auch zu Tätern zu werden. Denn negative Einstellungen führen zwar nicht zwangsläufig zu handfester Diskriminierung, Ausschluss oder gar Gewalt. Aber sie bieten die Basis dafür, dass dieses Verhalten wahrscheinlicher wird, wie gut untersuchte Modelle der Einstellungs- und Verhaltensforschung nahelegen.²⁶ Hier spielt sowohl Alltagsrassismus als auch die „schweigende Mehrheit“ eine fördernde Rolle, die durch Ignorieren, Runterspielen und Wegsehen von Feindseligkeit den Raum für die breite Akzeptanz von Ungleichwertigkeit schafft und konsequentes Einschreiten verhindert.

Die Zuwanderung von vielen neuen Menschen aus anderen Teilen der Welt in kurzer Zeit ist zweifelsohne eine Herausforderung für eine Gesellschaft. Deutschland leistet hier auch auf Basis der bisherigen Erfahrung mit Einwanderung derzeit große Anstrengungen, die Neuankommenden willkommen zu heißen und zu integrieren, mit den erwartbaren Erfolgen und Misserfolgen. Die Erfahrung lehrt auch, wie wichtig Geduld und ein langer Atem sind, aber auch, dass Integration nur gelingen kann, wenn beide Seiten, die Neuangekommenen wie auch die Alteingesessenen mitmachen. Viele Bürger_innen

sind zuversichtlich, dass dies gelingt und tragen als professionell oder ehrenamtlich Tätige, als Unterstützer_innen oder auch nur als wohlwollend Begleitende in beachtlichem Ausmaß dazu bei. Zugleich positioniert sich aber eine nicht ganz kleine Minderheit gegen Geflüchtete. Allerdings, so die These des Politikwissenschaftlers Albrecht von Lucke, die sich in der FES-Mitte-Studie empirisch ganz deutlich bestätigt: Hier geht es gar nicht nur um Geflüchtete, sondern um die weit tiefere Frage nach dem Wesen der Gesellschaft: Wollen wir weiter auf dem Weg hin zu einer offenen, liberalen, pluralen und toleranten Gesellschaft gehen oder zurück zu einer geschlossenen, autoritären und intoleranten Gesellschaft mit starren Hierarchien, in der

„Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, zu der auch die Abwertung von Asylsuchenden gehört, bildet gewissermaßen das Fundament eines Eisbergs, an dessen Spitze offen sichtbarer und gewaltbereiter Rechtsextremismus steht.“

jene, die zur „richtigen“ Gruppe gehören – als Kennzeichen gilt hier nach wie vor und allen voran weiß, christlich, heterosexuell und männlich zu sein – über Privilegien verfügen, die ihnen mehr Einfluss, Macht und Wohlstand zubilligen als allen anderen?²⁷ Am Thema Geflüchtete und dem begleitenden Diskurs wird diese Frage derzeit verhandelt.

24 Stöss, Richard (2005): Rechtsextremismus im Wandel. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung; Christoph Butterwegge; Gudrun Hentges (Hg.) (2008): Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Warschau: Verlag Barbara Budrich, Opladen & Farmington Hills.

25 Küpper; Rees; Zick (2016).

26 Fishbein, Martin; Ajzen, Icek (1975): Belief, Attitude, Intention and Behavior: An Introduction to Theory and Research. Reading, Reading, MA: Addison-Wesley.

27 von Lucke, Albrecht (2016): Jagd auf Merkel. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 61, 10. Berlin: Blätter Verlag, S. 5-8.



↑ Protest gegen asylfeindliche „Pogida“-Demonstration (Potsdam, 21.08.2016).
Photo: Grischa Stanjek,
© JFDA e.V.



NO MET COME



MERKEL
ER BLUT
LEB ANTIHREN

PO
23

POLIZEI
23117

Welcome, or not welcome?

Wie offen soll Berlin für Neu-Zuwanderer sein?

Ein Kommentar von Reinhard Fischer

Die Frage, wie offen wir Neu-Zuwanderern aus dem Ausland gegenüber sein wollen, spaltet das Land. Dabei ist die Situation, vor der wir in Berlin stehen, nicht neu. Seit Jahren verzeichnen wir einen Zuzug von meist jungen Menschen nach Berlin, zum Teil aus dem Ausland, insbesondere aus Staaten der EU, aber auch zum Beispiel aus Israel. Berlin ist schon länger eine wachsende Stadt. Die verstärkte Zuwanderung von Schutz suchenden Menschen im Jahr 2015 hat die Debatte darüber angeheizt und zur Polarisierung beigetragen. Herfried und Marina Münkler formulieren es so:

„So ist Deutschland im Herbst 2015 zu einem gespaltenen Land geworden: Auf der einen Seite viele – und viel mehr als man erwarten konnte – die geholfen haben, wo und so gut sie konnten, und auf der anderen Seite eine (mit dem anhaltenden Zustrom von Flüchtlingen) wachsende Gruppe, die einfach die Grenzen schließen will und sich demonstrativ für unzuständig erklärt.“¹

Die Schwierigkeit scheint zu sein, dass zwischen beiden Gruppen wenig konstruktive Dialoge stattfinden. Online haben sich beide Gruppen in den jeweils eigenen sozialen Netzen eingerichtet und auch in der analogen Welt hat zum Beispiel der hinter uns liegende Wahlkampf nach meiner Beobachtung nicht

dazu geführt, dass sich beide Lager in Berlin wirklich konstruktiv ausgetauscht hätten. Der Ton hat sich verschärft und gleichzeitig hat die Zahl der Gewalttaten aus rassistischen und fremdenfeindlichen Motiven zugenommen. Auch diese Entwicklung ist nicht neu. Die Mordserie des NSU liegt lange vor 2015.

Wenn politische Bildung dazu beiträgt, kontroverse Debatten über den Grad an Offenheit unserer Gesellschaft zu führen, gibt es aus meiner Sicht zwei „rote Linien“: Zum einen soll politische Bildung nicht „post-faktisch“ werden. Es ist weder sinnhaft, Veranstaltungen darüber zu machen, ob es beispielsweise den von Menschen gemachten Klimawandel gibt, noch Veranstaltungen zu machen, ob die Erde eine Scheibe sei. Und es ist auch nicht sinnvoll eine Veranstaltung zu machen mit der Frage, ob die Islamisierung des Abendlandes bevorstehe.

Die zweite rote Linie: Politische Bildung sollte kein Podium für menschenverachtende, rassistische, sexistische oder antisemitische Positionen anbieten. Dabei kann es selbstverständlich unterschiedliche Interpretationen darüber geben, wo solche inakzeptablen Positionen beginnen. Hilfreich wäre für alle, die Frage zu bedenken, in welchen Bereichen wir wirklich Diskussionsbedarf haben. Dass durch Zuwanderung das gastronomische, aber auch das kulturelle

¹ Münkler, Herfried und Marina: Die neuen Deutschen – ein Land vor seiner Zukunft. Berlin 2016, S.7–8.

← „Merkel muss weg“-Demonstration (Berlin, 25.11.2016). Photo: Michael Welper, © JFDA e.V.

Angebot Berlins gewonnen hat, scheint unstrittig zu sein. Die Berliner Schulen konnten 2015 und 2016 durch 1000 Willkommensklassen insgesamt 20.000 Kinder und Jugendliche in das Schulsystem integrieren, und trotz vieler Probleme vor Ort scheinen wir uns auf einem richtigen Weg zu bewegen.

Weniger erfolgreich verläuft die Integration in den Arbeits- und Wohnungsmarkt. Zu viele Neu-Zuwanderer haben keinen sicheren Arbeitsplatz und zu viele Geflüchtete leben noch immer in Turnhallen. Die neue Mitte-Studie der FES zeigt zudem, dass ein Fünftel der Bevölkerung rechtspopulistische, ausgrenzende Einstellungen vertritt und dabei Vorurteile im Sinne von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit pflegt.² Das ist eine Minderheit. Realistisches Ziel von Bildung, auch von politischer Bildung, kann nicht Vorurteilsfreiheit sein, aber Vorurteilsbewusstsein.

Beide Gruppen, die *Welcome*- und die *Not-Welcome*-Fraktion, miteinander in einen konstruktiven Dialog zu bringen, ist schwierig. Während wir unter dem Titel „Welcome, or not welcome?“ diskutieren und ich persönlich mit dem Titel die Hoffnung verbinde, wir mögen am Ende gemeinsam feststellen, dass die Position *welcome* für uns alle die bessere sei, wird anderswo unter dem Titel „Wir tolerieren uns zu Tode“ diskutiert und mit dem Titel angedeutet, es gäbe ein Zuviel an Offenheit und Toleranz.

Für die politische Bildung gilt das „Überwältigungsverbot“. Niemand soll indoktriniert werden. Deshalb scheint es mir wichtig, moralische Argumentationen als solche zu kennzeichnen. In politischen Debatten schulden wir einander weder Sympathie noch Verständnis, sondern lediglich Respekt vor der Würde und den Rechten der Anderen. Carolin Emcke hat es in ihrer Dankesrede für den Friedenspreis des deutschen Buchhandels am 23.10.2016 in der Frankfurter Paulskirche so formuliert:

„Menschenrechte sind kein Nullsummenspiel. Niemand verliert seine Rechte, wenn sie allen zugesichert werden. Menschenrechte sind voraussetzungslos [...]. Verschiedenheit ist kein hinreichender Grund für Ausgrenzung. Ähnlichkeit ist keine notwendige Voraussetzung für Grundrechte. Das ist großartig, denn es bedeutet, dass wir uns nicht mögen müssen. Wir müssen einander nicht einmal verstehen in unseren Vorstellungen vom guten Leben. Wir können einander merkwürdig, sonderbar, altmodisch, neumodisch, spießig oder schrill finden.“³

² Vgl. Melzer, Ralf (Hg.) (2016): *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

³ Carolin Emckes Dankesrede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises 2016, <http://www.friedenspreis-des-deutschen-buchhandels.de/1244997/> (Stand 1.12.2016).

„Die Schwierigkeit scheint zu sein, dass zwischen beiden Gruppen wenig konstruktive Dialoge stattfinden.“

Wir sind eine wertepurale Gesellschaft. Die schwierige Frage der Zuwanderung – „Welcome, or not welcome“ macht dies überdeutlich. Politikerinnen und Politiker, aber auch alle anderen, die sich an der Debatte betei-

„Wir sollten aber darauf verzichten, unsere eigenen Werthaltungen für alle für verbindlich zu erklären.“

gen, sollten durchaus kenntlich machen, aus welcher ethischen Überzeugung heraus sie argumentieren. Wir sollten aber darauf verzichten, unsere eigenen Werthaltungen für alle für verbindlich zu erklären, denn sonst bleibt die „Welcome, or not welcome“-Frage für immer ungelöst.



↑ Geflüchtete erreichen Berlin Schönefeld (18.10.2015). Photo: Kay Schmitt, © redoc.eu

BILDERBERGER

**GEHEIME
WELTREGIERUNG
KASTRIERTER
VÖLKER !**

**BILDERBERGER =
GLOBALE
FINANZ-KARTELLE**

POLIZEI

POLIZEI



Verschwörungsideologie, Selbstviktimisierung und Gewalt in Zeiten der „Flüchtlingskrise“

Florian Eisheuer

Am Morgen des 17. Oktober 2015 bereitete sich Frank S. auf einen langen Tag vor. Seine Wohnung ist zu diesem Zeitpunkt schon beinahe leerräumt und seine digitalen Spuren sind verwischt, als er das „Editionsmesser Rambo III mit Sylvester Stallone-Signatur“ und 33 cm langer Klinge einpackt und sich auf den Weg nach Köln-Braunsfeld macht. Dort findet eine Wahlkampfveranstaltung der Oberbürgermeisterkandidatin Henriette Reker statt. Vor Ort bittet er sie zunächst um eine Rose. Dann zieht er das Messer und rammt es der Politikerin in den Hals. Zehn Zentimeter tief dringt die Klinge ein. Reker überlebt nur durch eine Notoperation.

Trotz Vertuschungsversuchen gelang es, die Inhalte auf der Festplatte von Frank S. wiederherzustellen. Von „Rotfaschisten“ und „Antidemokraten“ ist dort die Rede.¹ Diese hätten schon längst das Ruder übernommen. Frank S. ist ein Getriebener, einer der sich und uns alle in Gefahr wähnt. Munition für sein paranoides Weltbild erhält er von einschlägig bekannten rechtsextremen und verschwörungsideologischen Internetportalen. Besonders die Webseite des Kopp-Verlages scheint es ihm angetan zu haben. Über die „Migrationswaffe“ oder auch „Migrationsbombe“ kann man sich dort informieren, darüber also, dass Geflüchtete als Waffe gegen das „deutsche Volk“ eingesetzt würden. Immer wieder liest er dort über die „Asylinde-

und „Lügenpresse“, die ihn in seiner Annahme bestätigen, das „deutsche Volk“ sei in großer Gefahr.

In einer Mail schrieb er bereits vor dem Attentat, man müsse „das tun was nötig ist, um noch schlimmeres zu vermeiden“. Bei seiner Gerichtsverhandlung inszenierte er sich dann endgültig als jemand, der zum Wohle aller – beziehungsweise all jener, die für ihn als „deutsch“ gelten – zu drastischen Mitteln greife, um die drohende Katastrophe abzuwenden, nämlich den Austausch des „deutschen Volkes“. „Diese Regierung will das eigene Volk austauschen“, lautete eine seiner Aussagen. Er habe diese Pläne durchkreuzen wollen, in einem Akt der Notwehr. Verschwörungstheorien über den angeblichen Austausch oder gar die Vernichtung des „deutschen Volkes“ erfreuen sich immer größerer Beliebtheit. Nicht nur im neonazistischen Spektrum, sondern auch unter den „Nipstern“ der Identitären Bewegung, im Umfeld der AfD, im vermeintlich unpolitischen „Truther“-Milieu, aber auch bei Einzelpersonen aus der CDU.

Als Kurt Tucholsky in seinem Gedicht „Rosen auf den Weg gestreut“ die Frage stellte, „Wer möchte nicht gern Opfer sein?“, so geschah dies zwar zugegebenermaßen in einem fundamental anderen Kontext, das Grundprinzip lässt sich aber dennoch übertragen. Opfer zu

1 Neifer, Anna; Wörpel, Simon (2016): Frank S., der Rechtsradikale, <https://correctiv.org/blog/ruhr/artikel/2016/10/17/reker-attentat-festplatte-frank-s-doch-ein-nazi/> (Stand: 30.12.2016).

← Protest gegen die „Bilderberger-Konferenz“ (Dresden, 10.06.2016). Photo: Grischa Stanjek, © JFDA e.V.

sein, impliziert eine gewisse Reinheit und Unschuld. Opfer zu sein, verlangt der Umwelt aber auch Solidarität und praktische Unterstützung ab. Andererseits bedeutet es aber auch das Eingeständnis eines „Beherrschungsdefizits“, wie es Herfried Münkler in seinem Aufsatz „*Nothing to kill or die for...*“ – Überlegungen zu einer politischen Theorie des Opfers“ nennt, also eine Form der Ohnmacht und ein Gefühl des Ausgeliefertseins.² Dieses Gefühl ist nicht nur eines, das in einer komplexen, modernen Gesellschaft bereits strukturell angelegt ist, sondern auch zentraler Einstiegspunkt für und Grundkonstante im Glauben an Verschwörungsnarrative. Slavoj Žižek weist in „Liebe dein Symptom wie dich selbst“ darauf hin, das postmoderne Subjekt betone als Reaktion auf die gesellschaftlichen Verhältnisse sein Beschädigtsein und inszeniere sich als Opfer.³

Opfer von Umständen zu sein, die man selbst nicht kontrollieren kann, ist zwar das Eingeständnis von Schwäche, sich aber gleichzeitig als „Aufgewachter“ zu sehen, der diese Umstände wenigstens durchschaut hat und die „wahren Schuldigen“ benennen kann, ist gleichzeitig der Versuch, aus dieser Schwäche letztlich doch eine Position der Stärke werden zu lassen. Diese verschwörungsideologische Grundstruktur wird zwar grundsätzlich immer kollektiv gedacht – „Wir“ und „Die da oben“ – muss sich jedoch nicht zwangsläufig auf der Ebene eines volksgemeinschaftlichen Denkens ausdrücken. Genau dies geschieht allerdings zumindest in Deutschland mit großer Regelmäßigkeit. Nicht nur hat die identitätsstiftende Selbstinszenierung als Opfer hier gewissermaßen Tradition – man denke beispielsweise an die Dolchstoßlegende – sondern es existieren auch tradierte Zuschreibungen, wer denn der Widersacher dieses „deutschen Volkes“ genau sei. Jüdinnen und Juden nämlich, oder genauer noch: Die Vorstellung eines abstrakten, zersetzenden „Jüdischen“.

Insofern ist es kaum verwunderlich, dass die entsprechenden Verschwörungserzählungen auf dieses Angebot zurückgreifen. Es kursieren zahllose Artikel, Youtube-Videos und Memes, laut derer das aktuelle Gesche-

hen eine Fortführung schon lange bestehender, jüdischer Pläne zur Vernichtung des „deutschen Volkes“ seien. Der sogenannte „Morgenthauplan“ dürfte weitestgehend bekannt sein. Aber auch der angebliche „Kaufmanplan“ wird regelmäßig in entsprechenden Milieus thematisiert. Letzterer bezieht sich auf ein Traktat des US-amerikanischen Juden Theodore Newman Kaufman mit dem Titel „Germany must perish“, Deutschland muss sterben/verschwinden. Das Buch wurde 1941 in Minimalauflage im Selbstverlag veröffentlicht und hatte keinerlei gesellschaftliche und politische Relevanz – bis sich die nationalsozialistische Propaganda seiner annahm und als Beleg für einen jüdischen Plot gegen die Deutschen anführte.

Bei den Nürnberger Prozessen bezog sich Julius Streicher auf das Werk Kaufmans. Der nationalsozialistische Vernichtungantisemitismus sei lediglich eine Reaktion auf die Vernichtungspläne der Juden gewesen, denen man habe zuvorkommen müssen – in Notwehr. Heutige Bezüge auf den „Kaufmanplan“, wie sie in klassisch verschwörungsideologischen und/oder neurechten Milieus kolportiert werden, stehen in direktem Bezug zu dieser nationalsozialistischen Propaganda. Verschwörungsideologische Internetseiten verbreiten heute die These, die aktuelle „Flüchtlingswelle“ sei eine Fortführung des Kaufmanplanes mit anderen Mitteln.

„Verschwörungstheorien über den angeblichen Austausch oder gar die Vernichtung des ‚deutschen Volkes‘ erfreuen sich immer größerer Beliebtheit.“

Es lassen sich aber auch andere Aktualisierungsbestrebungen feststellen. So wird beispielsweise dem – ebenfalls jüdischen – Milliardär George Soros unterstellt, die bisher gescheiterten Pläne seiner Vorgänger mit Hilfe seines Open Society Institutes umsetzen zu wollen – durch die Förderung von Migrationsbewegungen ins Herz Europas und einer damit verbundenen Vernichtung ethnischer Homogenität.

2 Münkler, Herfried (2000): „Nothing to kill or die for...“ – Überlegungen zu einer politischen Theorie des Opfers. In: Leviathan, Volume 28, Issue 3, pp 343–362.

3 Žižek, Slavoj (1991): Liebe Dein Symptom wie Dich selbst! Jacques Lacans Psychoanalyse und die Medien. Berlin: Merve-Verlag.

→ Protest gegen die „Bilderberger-Konferenz“ (Dresden, 10.06.2016).
Photo: Grischa Stanjek,
© JFDA e.V.



Auf den Protesten gegen die sogenannte Bilderberger-Konferenz waren allerdings auch Schilder zu sehen, auf denen behauptet wurde, man könne aktuell die praktische Umsetzung des „Kalergi-Plans“ beobachten. Richard von Coudenhove-Kalergi, ein Spiritus Rector des europäischen Gedankens, habe angeblich in seinen Büchern offenbart, er wolle die europäischen „Rassen“ und „Völker“ vernichten und durch eine „eurasisch-negroide Mischrasse“ ersetzen, wobei die Deutschen eines seiner Hauptziele seien. Diese Behauptung ist frei erfunden. Nichts dergleichen findet sich in seinen Werken. Kalergi war auch gar nicht jüdisch. Eine jüdische Identität wird ihm in entsprechenden Milieus einfach angedichtet. Antisemitismus entpuppt sich einmal mehr als Weltsicht, in der nicht nur alles Jüdische schlecht, sondern auch alles Schlechte jüdisch ist. Selbst die Frage, war-

„Antisemitismus entpuppt sich einmal mehr als Weltsicht, in der nicht nur alles Jüdische schlecht, sondern auch alles Schlechte jüdisch ist.“

um ausgerechnet eine deutsche Kanzlerin, Angela Merkel, die angebliche „Umvolkung“ oder „Vernichtung“ des „deutschen Volkes“ unterstützt, wird auf diese simple Art beantwortet: Merkel sei in Wirklichkeit Jüdin, verstecke ihre wahre Identität aber, um ihre gegen die Deutschen gerichteten Pläne ungestört umsetzen zu können.

Sich gegen einen Gegner aufzulehnen, der über fast schon übermenschliche Fähigkeiten und Ressourcen verfügt, hat etwas durchaus Heldenhaftes. Selbstheroisierung ist die Kehrseite der Selbstviktimsierung. Opfer, die nicht mehr Opfer sein möchten, sondern sich wehren. Trotz aller Gefahren. Trotz aller Widrigkeiten. Es schwingt eine gehörige Portion Selbstgerechtigkeit und Pathos in der Selbstinszenierung jener mit, die sich selbst als die „Erwachten“ sehen wollen. Sie seien Soldaten, Ritter, Wölfe und handelten tapfer, mutig und selbstlos. Es gehe ihnen gar nicht primär um ihr eigenes Wohl, um ihre eigene Zukunft, sondern um jene von „uns“, jene des „deutschen Volkes“. Dass das „deutsche Volk“ hier nicht als „Bevölkerung Deutschlands“ gedacht, sondern völkisch definiert wird, versteht sich von selbst.

Man könnte sagen, sie opfern sich selbst, ihr Handeln ist aufopferungsvoll. Der deutsche Begriff „Opfer“ stellt hier eine interessante Doppelbedeutung zur Verfügung. Seiner lateinischen Wurzel nach leitet sich „Opfer“ von den Wörtern *operari* und *offere* ab, weist also sowohl einen Bezug auf das Handeln auf als auch einen Bezug auf das Geben. Ursprünglich handelt es sich also um einen aktiven Opferbegriff. Opfer versinnbildlicht hier eine Gabe für ein größeres Etwas, beispielsweise eine rituelle Opfergabe im religiösen Kontext. In der heutigen Verwendung hingegen gibt es eine zweite Bedeutung. Ein Opfer ist ein Mensch, dem etwas Schreckliches widerfahren ist, wie beispielsweise einem Unfallopfer oder einem Kriminalitätsoffer. Ein aktiver Opferbegriff steht also einem passiven gegenüber.

Münkler verweist auf den Historiker Reinhart Koselleck, der nachweisen konnte, dass der Opferbegriff in Deutschland bis 1945 primär ein aktiver gewesen ist. Vor allem in den 50er Jahren erfolgte eine Transformation. Während man sich im nationalsozialistischen Deutschland noch für die Volksgemeinschaft aufopfert, sich also aktiv zum Opfer für eine größere Sache machte, war man danach in der nach innen aber auch nach außen kommunizierten Selbstzuschreibung seinerseits zum Opfer des Nationalsozialismus geworden.

Das Wechselspiel zwischen den unterschiedlichen Opfervarianten wird in diesem historischen Prozess besonders deutlich, lässt sich aber eben auch im Kontext zeitgenössischer Verschwörungsideologie beobachten. Im Sinne dieser Doppelbedeutung machen sich entsprechende Akteure selbst durch den Akt der „Aufopferung“ zur Opfergabe. Frank S. wusste ganz genau, dass er mit seiner Tat nicht einfach davonkommen wird. Ganz im Gegenteil ließ er sich nach der Bluttat widerstandslos festnehmen. Dennoch opferte er sich und seine Freiheit für eine Sache, die größer ist als er selbst, nämlich für das als Volksgemeinschaft verstandene „deutsche Volk“. In entsprechenden Milieus wird er als Held gefeiert. Seine Taktik der Selbstheroisierung fiel also auf fruchtbaren Boden.

Die Kreise, in denen Frank S. als Held gefeiert wird, empfinden seine Gewalttat als angemessene und legitime Reaktion auf eine als real wahrgenommene Bedrohung. Begriffe wie „Notwehr“ oder „Widerstand“ spielen in den aktuellen Diskursen neonazistischer, neurechter, verschwörungsideologischer Milieus eine zunehmend größere Rolle. Kombiniert mit Fotos von Waffen oder Kampfhunden gehören sie in entsprechenden Facebook-Gruppen beispielsweise zum guten Ton. Man schmückt sich auch gerne mit dem Brecht-Zitat „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht“. Es mag perfide wirken, wenn ausgerechnet auf Brecht zurückgegriffen wird, aber es entspricht der Logik jener, die solchen Verschwörungsideologien anhängen. Frank S. bezeichnete die Kreise, denen das Attentat auf Henriette Reker eben auch galt, als „Rotfaschisten“ und „Anti-Demokraten“.⁴ Seine mutmaßliche Tat ist innerhalb dieser kruden Logik also praktizierter Antifaschismus und ein Akt der Verteidigung demokratischer Werte – und somit mehr als legitim.

„Diskurse, die den Rassismus der aktuellen Diskurse im Kontext der sogenannten Flüchtlingskrise mit Verschwörungsideologie kombinieren, stellen eine politische Gefahr dar. Sie beinhalten nicht nur ein doppeltes Identitätsangebot – Opfer und Held zugleich – sondern liefern auch die Legitimationsbasis für gewaltvolles Handeln.“

AfD, Pegida und andere inszenieren sich nicht selten als die neuen Juden. Als beispielsweise im Herbst 2016 ein Berliner Nobelrestaurant einen Aufkleber an seine Türe anbrachte, der zum Ausdruck bringen sollte, man wolle keine Anhänger*innen der AfD im Restaurant haben, füllten sich Kommentarspalten rasch mit Holocaustvergleichen. Anspielungen auf den „gelben Stern“ oder Behauptungen, das Verhalten des Restaurants erinnere an den

4 Neifer, Anna; Wörpel, Simon: Frank S., der Rechtsradikale, <https://correctiv.org/blog/ruhr/artikel/2016/10/17/reker-attentat-festplatte-frank-s-doch-ein-nazi/> (Stand: 30.12.2016).

Boycott jüdischer Geschäfte im Nationalsozialismus, waren dabei nicht etwa eine seltene Ausnahme, sondern beinahe die Regel.

„Begriffe wie ‚Notwehr‘ oder ‚Widerstand‘ spielen in den aktuellen Diskursen neo-nazistischer, neurechter, verschwörungs-ideologischer Milieus eine zunehmend größere Rolle.“

Diese Umkehrung der Rollen stellt nicht nur eine äußerst perfide Variante der Selbstviktimsierung und Geschichtsrelativierung dar, sondern impliziert auch einen gewissen Aufforderungscharakter: Wer sich mit den Jüdinnen und Juden im nationalsozialistischen Deutschland solidarisiert hätte, solle dies doch bitte heute auch mit der AfD tun, die in einer ganz ähnlichen Situation stecke. Widerstand gegen das Restaurant und andere Geschäfte, Organisationen und Institutionen, die nichts mit der AfD zu tun haben wollen, sei ein mehr als legitimer Akt.

Das Grundgesetz sieht ein Widerstandsrecht der Deutschen vor, nämlich dann, wenn die freiheitlich demokratische Grundordnung konkreter Gefahr ausgesetzt ist. Letztes Jahr veröffentlichte die neurechte Zeitschrift „Sezzession“ ein Rechtsgutachten des Juristen Thor von Waldstein mit dem Titel „Zum politischen Widerstandsrecht der Deutschen“.⁵ Darin argumentiert er, „vor dem Hintergrund der seit Sommer 2015 flutartig angestiegenen Masseneinwanderung von Fremden“ seien die Bedingungen für eine Inanspruchnahme des Rechts auf Widerstand gegeben. Die deutsche Politik handle gegen die Interessen des (ethnisch-völkisch definierten) deutschen Volkes und stelle eine akute Gefahr für selbiges dar. Dies geschehe nicht fahrlässig, sondern vorsätzlich als „Putsch von oben“. Die „überwiegend vorhandene ethnische Homogenität der Deutschen soll im Wege eines Rassismus gegen das eigene Volk aufgelöst werden“. In Anbetracht dieser Situation spekuliert von Waldstein am Ende seiner Ausführungen

gar, ob es momentan nicht nur ein Recht auf Widerstand gebe, sondern sogar eine Pflicht zum Widerstand. Dieser Widerstand wäre nach seiner Lesart dann ein antirassistischer.

Diskurse, die den Rassismus der aktuellen Diskurse im Kontext der sogenannten „Flüchtlingskrise“ mit Verschwörungsideologie kombinieren, stellen eine politische Gefahr dar. Sie beinhalten nicht nur ein doppeltes Identitätsangebot – Opfer und Held zugleich – sondern liefern auch die Legitimationsbasis für gewaltvolles Handeln von Tätern, die sich selbst nicht als Täter sehen wollen. Diese als Widerstand deklarierte Gewalt, kann sich sowohl gegen die Geflüchteten selbst als auch gegen die angeblichen Verursacher der Situation richten. Um in der Metapher der „Migrationswaffe“ zu bleiben, kann sowohl der Angreifer – also Politiker*innen und Menschen, die sie unterstützen – außer Gefecht gesetzt werden, als auch die Waffe – also die Geflüchteten – unschädlich gemacht werden. Beides wird mittlerweile in die Tat umgesetzt.

5 Waldstein, Thor von (2016): „Wir Deutsche sind das Volk“: Zum politischen Widerstandsrecht der Deutschen nach Art. 20 IV Grundgesetz in der „Flüchtlingskrise“. In: IfS. Wissenschaftliche Reihe – Heft 28. Verein für Staatspolitik. Zitiert nach der Online-Fassung: <http://sezession.de/wp-content/uploads/2015/10/widerstandsrecht-waldstein1.pdf> (Stand: 30.12.2016).



Islam ist barmherzig!
und sagt: Ungläubige
sind wie Tiere! Tötet sie
wo Ihr sie trifft! Islam
gehört z. Deutschland um
uns auszulöschen. Wo bleibt
Euer Selbsterhaltungstrieb?

In der Gefahrenzone*

Zum 15. Jahrestag von 9/11

Frank Jansen

* Der Beitrag ist zuerst am 10. September 2016 in *Der Tagesspiegel* erschienen.

Das folgende Essay des Journalisten Frank Jansen ist vor den jüngsten Terroranschlägen in Deutschland verfasst worden. Nach dem Anschlag eines IS Anhängers auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz am 19. Dezember 2016, bei dem elf Menschen starben und 55 weitere verletzt wurden, erscheint dieser Artikel umso dringlicher. Die Gefahrenlage stieg in Deutschland seit der Entstehung des „Islamischen Staates“ zunehmend an. Die neuesten Anschläge führen die Lücken im bestehenden Sicherheits-Apparat des Staates umso mehr vor Augen. Auch den von Jansen beschriebenen Zusammenhang zwischen Islamismus und dem Anstieg anti-muslimischer Ressentiments hat sich zunehmend verschärft. (Anm. d. R.)

Für die Sicherheitsbehörden war es einer der dunkelsten Momente seit Gründung der Bundesrepublik. Schon zwei Tage nach dem Terrorangriff auf die USA am 11. September 2001 kam heraus, dass drei der vier Selbstmordpiloten in Deutschland gelebt hatten. Der Ägypter Mohammed Atta, der Libanese Ziad Jarrah und Marwan al Shehhi aus den Vereinigten Arabischen Emiraten studierten in Hamburg und planten von hier aus den Anschlag auf die Amerikaner. Und es waren nicht nur diese drei Männer, die sich in der Hansestadt zu einer Zelle formiert hatten, die den härtesten Anschlag in der Geschichte des islamistischen Terrorismus begehen sollte.

Der Logistiker des Trupps, der Jemenit Ramzi Binalshibh, hatte sich ebenfalls in Hamburg aufgehalten. Und der Deutsch-Syrer Muhammad Haidar Zammar hatte die Gruppierung, die noch mehr Mitglieder zählte, mit Lobreden auf Al Qaida und Osama bin Laden radikalisiert – in der Al-Quds-Moschee im Stadtteil St. Georg. Die Vereinigten Staaten waren irritiert, ja verärgert über den engen Nato-Verbündeten. Die Bundesrepublik galt danach als Staat, der islamistischen Terror fahrlässig unterschätzt. 9/11 war für die deutschen Sicherheitsbehörden eine harte Lektion. In den Köpfen der Experten wirkt sie bis heute nach. Nachrichtendienste und Polizei hatten eine fanatische Gruppe zu wenig ernst genommen und die tödliche Gefahr übersehen. Dass auch CIA, NSA und FBI nicht mitbekamen, dass sich in den USA junge Männer mit Verbindungen zu Al Qaida als Piloten ausbilden ließen, mindert die deutschen Versäumnisse nicht. Doch ein Desaster kann enorme Heilkräfte freisetzen.

Eine seriöse Antwort auf die Frage, wie sicher Deutschland ist, kann durchaus lauten: Die Bundesrepublik ist am 11. September 2016 viel besser gewappnet als vor 15 Jahren. Dank einer Flut neuer Gesetze und institutioneller Reformen. Das ist zunächst vor allem dem rastlosen Otto Schily zu verdanken. Noch 2001 präsentierte der damalige SPD-Bundesinnenminister Antiterrormaßnahmen, die als

← „Bärgida“-Demonstration (Berlin, 20.07.2015). Photo: Susette Wahren © JFDA e.V.

„Otto-Pakete“ und „Otto-Katalog“ in die Geschichte eingingen. Eine wesentliche Veränderung: Seit 2002 ist auch die Mitgliedschaft und Unterstützung einer ausländischen Terrorvereinigung strafbar. Der neue Paragraf 129b hat die Strafverfolgung militanter Islamisten erheblich befördert. Ohne 129b würden Dschihadisten, die sich im Ausland einer Terrororganisation anschließen, noch heute in Deutschland straffrei bleiben.

Ein weiterer Meilenstein war die Einrichtung des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums (GTAZ) 2004 in Berlin. Dort arbeiten 40 Behörden zusammen, darunter Bundeskriminalamt, Bundesamt für Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst, Bundesanwaltschaft, alle Landeskriminalämter und sämtliche Landesbehörden für Verfassungsschutz. Laptop an Laptop sitzen die Experten beisammen und tauschen sich über aktuelle Gefahren aus. Das GTAZ ist eines der besten Instrumente zur Bekämpfung des islamistischen Terrors. Ohne GTAZ, da sind sich viele Sicherheitsexperten einig, hätte Deutschland weit mehr Anschläge erleben müssen.

Dennoch muss sich die Bundesrepublik immer wieder fragen: Reicht die Aufrüstung von Polizei, Nachrichtendiensten und Justiz aus? Ist die deutsche Politik klug genug, Risiken zu vermeiden? Und die womöglich wichtigste Frage lautet: Ist der gesellschaftliche Zusammenhalt hinreichend gefestigt, um schwere Anschläge auszuhalten?

Wie die Antworten ausfallen, hängt nicht nur von Deutschland ab, sondern auch von der kriminellen Intelligenz der islamistischen Terrorszene. Sie zwingt der Bundesrepublik wie der Welt insgesamt einen Wettlauf auf. Sicherheitsbehörden, Politik und Gesellschaft sind permanent mit einer mörderischen und gleichzeitig unberechenbaren Herausforderung konfrontiert. Da kann jeder Fehler, jede Nachlässigkeit – siehe Hamburg –, aber auch jede hysterische Übertreibung ein Risikofaktor sein, den Dschihadisten erbarmungslos ausnutzen.

Die Gefahren, es reicht schon der Hinweis auf die Brutalitäten der Terrormiliz „Islamischer Staat“, sind heute noch größer als 2001. Und doch: Die Aufrüstung der deutschen Sicherheitsbehörden hat gewirkt. Dem Land sind schwere Anschläge wie 9/11 oder wie in Madrid, London, Mumbai, Paris und Brüssel erspart geblieben.

„Die Bundesrepublik galt als Staat, der islamistischen Terror fahrlässig unterschätzt. 9/11 war für die deutschen Sicherheitsbehörden eine harte Lektion. In den Köpfen der Experten wirkt sie bis heute nach.“

Allerdings auch, weil das Land viel Glück hatte – als 2006 die Höllenmaschinen der Kofferbomber nicht zündeten und der US-Geheimdienst NSA rechtzeitig vor der Sauerlandgruppe warnte, die in Deutschland verheerende Anschläge verüben wollte. Und als 2012 die Bombe am Bonner Hauptbahnhof nicht explodierte.

Bei der Bekämpfung des islamistischen Terrors dürfte die Bundesrepublik mittlerweile einer der effektivsten Staaten der Welt sein. Indikatoren sind die niedrige Zahl der Anschläge, die hier verübt worden sind, und dass vergleichsweise wenige Opfer starben oder verletzt wurden. Zu Tode kamen in den 15 Jahren seit dem 11. September zwei Menschen. Es waren US-Soldaten, erschossen von dem Kosovaren Arid Uka. Der junge, über das Internet radikalisierte Einzeltäter feuerte am 2. März 2011 am Frankfurter Flughafen auf die Amerikaner. Zwei weitere Soldaten wurden schwer verletzt. Alle weiteren Angriffe von Islamisten, bei denen Menschen Verletzungen erlitten haben, geschahen danach. Mit einer auffälligen Verdichtung in diesem Jahr. Die Militanz von Salafisten wächst.

Im Mai 2012 attackiert der Salafist Murat K. mit einem Messer in Bonn zwei Polizisten und verletzt sie schwer. Im September 2015 sticht der Iraker Rafik Y., ein verurteilter

Terrorist und nach langer Haft wieder frei, in Berlin einem Passanten in den Rücken und einer Polizistin in den Hals. Im Februar 2016 rammt die 15-jährige Safia S. in Hannover einem Bundespolizisten ein Messer in den Hals. Das Mädchen handelt offenbar im Auftrag der Terrormiliz IS. In Essen verübt im April eine salafistische Jugendgang einen Sprengstoffanschlag auf einen Sikh-Tempel, drei Menschen werden verletzt. In Würzburg schlägt im Juli der Flüchtling und IS-Sympathisant Riaz Khan Amadzai mit einer Axt auf vier Passagiere eines Regionalzugs ein und jenseits der Bahn auf eine Passantin. In Ansbach sprengt sich nur sechs Tage später der Syrer Mohammed Daleel, ebenfalls Asylbewerber und vom IS infiziert, am Rande eines Festivals in die Luft. 15 Menschen erleiden Verletzungen.

Mehr Opfer gab es in Deutschland glücklicherweise nicht. Jedes ist eines zu viel, aber in Zeiten einer globalen Bewegung fanatischer Dschihadisten, die in Syrien und Irak sogar eine Art Terrorstaat erkämpft hat, sind zwei Tote und 30 Verletzte bei Anschlägen in der Bundesrepublik eine niedrige Zahl. Doch deren Bedeutung sollte nicht überschätzt werden, das zeigt schon ein Blick auf die Gefahren für Deutsche im Ausland. Seit 1990 wurden mindestens 124 Bundesbürger in Afghanistan, Irak, Saudi-Arabien und anderen Ländern von Islamisten getötet. Allein am 11. September starben elf Deutsche.

„Jeder Fehler, jede Nachlässigkeit, aber auch jede hysterische Übertreibung kann ein Risikofaktor sein, den Dschihadisten erbarmungslos ausnutzen.“

Dass im Inland hingegen nicht mehr passiert ist, dürfte neben der Aufrüstung der Sicherheitsbehörden, die anhält und fortgesetzt werden muss, auch einer überlegten Außenpolitik der Bundesregierung zu verdanken sein. Man könnte sagen: Das ist der zweite Grundpfeiler der Abwehr des Terrors.

Als 2003 der damalige SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder die deutsche Teilnahme am Irakkrieg verweigerte, blieb deutschen Soldaten ein weiterer Horror wie in Afghanistan erspart. Al Qaida hat natürlich nicht honoriert, dass die Deutschen beim Angriff auf den Irak fernblieben. Aber die Bundesrepublik lieferte – anders als die Amerikaner – keinen unnötigen Vorwand für Anschläge.

Die Kriegsgründe von US-Präsident George W. Bush waren herbeifantasiert. Der Terror im Irak, bis hin zum Aufstieg des IS, ist auch dem historischen Fehler geschuldet, den Bush 2003 gemacht hat. Zur Geschichte gehört allerdings leider auch, dass der BND-Informant „Curveball“ mit Märchen über irakische Massenvernichtungswaffen den USA Argumente für den Krieg geliefert hat.

Die Beteiligung der Bundeswehr an der Intervention in Afghanistan war hingegen gerechtfertigt. In dem Land am Hindukusch hatte Al Qaida unter dem Schutz der Taliban den Angriff vom 11. September vorbereitet. Eine militärische Reaktion der USA und ihrer Verbündeten war folgerichtig, auch wenn das Ziel einer Befriedung, gar Demokratisierung Afghanistans nicht erreicht wurde.

Die Bundeswehr und auch die deutsche Polizei haben für die Verhinderung eines erneuten Gottesstaates in Afghanistan geblutet. 35 Soldaten und drei Beamte von BKA und Bundespolizei starben bei islamistischen Anschlägen. Außerdem versuchte die Terrorszene, die Bundesrepublik auch im Inland zu treffen, als Strafe für den Einsatz in Afghanistan. Doch gelungen ist das nur dem „homegrown terrorist“ Arid Uka mit dem tödlichen Angriff auf die US-Soldaten am Frankfurter Flughafen. Verbindungen zu Al Qaida hatte Uka nicht.

Die deutsche Außenpolitik nach 9/11 verbindet zwei Komponenten: dem Terror begegnen wie in Afghanistan und dem Terror aus dem Weg gehen wie im Irak. Das ist kein Widerspruch. Saddam Hussein hatte der Bundesrepublik keinen Grund für einen Krieg geliefert. Die Taliban hingegen waren mitverantwort-

lich für den Angriff von Al Qaida am 11. September. Die Anschläge galten den USA und dem Westen insgesamt. Die Amerikaner alleine nach Afghanistan ziehen zu lassen, wäre feige gewesen und ein Propagandaerfolg für Al Qaida und Taliban.

Deutschland hat vieles richtig gemacht im Kampf gegen den Terror. So blieb das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung weitgehend stabil, auch die Balance von Sicherheit und Freiheit ist der Republik nicht abhandengekommen. Doch ausgerechnet jetzt, da mit dem „Islamischen Staat“ die Bedrohung noch steigt, auch weil die deutsche Luftwaffe zu Recht in Syrien eingreift, gerät bei uns der dritte Grundpfeiler einer effektiven Abwehr des Terrors in Gefahr – der gesellschaftliche Zusammenhalt.

Rechtspopulisten und Rechtsextremisten hetzen gegen Muslime, wie es vor 15 Jahren kaum vorstellbar war. Der Hass, der sich über die „sozialen“ Netzwerke ausbreitet wie ein Flächenbrand, infiziert auch die bürgerliche Mitte. Viele Delikte gegen Flüchtlingsunterkünfte werden von Tätern verübt, die nicht als Extremisten bekannt waren. Auch steigt die Zahl der Attacken auf Moscheen. Das BKA registriert in diesem Jahr bereits mindestens einen Angriff pro Woche.

Der Furor, propagandistisch genährt von AfD, Pegida, „Identitären“, NPD und Neonazis, ist brandgefährlich. Er ängstigt Flüchtlinge, die noch nicht lange hier sind, genauso wie Muslime, die schon viele Jahre in Deutschland leben. Die Angst führt zu Entfremdung oder verhindert, dass überhaupt Vertrauen entsteht und der erste Schritt zur Integration gelingt. Nutznießer sind die rasch wachsende Salafistenszene und ihr militanter Flügel, die Dschihadisten. Jeder antimuslimische Angriff ist Munition für die frommen Antidemokraten. Auch die Terrormiliz IS würde klammheimlich triumphieren, ginge in Deutschland eine Moschee in Flammen auf.

Der gesellschaftliche Zusammenhalt bröckelt aber auch, weil Muslime aus eigenen Motiven auf Abstand gehen. Wohl mehr als die Häl-

te der in Deutschland lebenden Türken, auch viele Eingebürgerte, unterstützen den demokratiefeindlichen Kurs des türkischen Staatsschefs Recep Tayyip Erdogan, der seinerseits die Landsleute im fernen Almanya über die 900 Moscheen agitiert, die zum Dachverband Ditib gehören, die dem türkischen Staat unterstehen. Verständnis für extremistische Positionen gibt es zudem in einem Teil der Gotteshäuser arabischer Muslime. Selbst wenn nach außen, wie bei der Dar-as-Salam-Moschee im Berliner Bezirk Neukölln, Toleranz demonstriert wird.

„Nutznießer des Hasses sind die rasch wachsende Salafistenszene und ihr militanter Flügel, die Dschihadisten. Jeder antimuslimische Angriff ist Munition für die frommen Antidemokraten. Auch die Terrormiliz IS würde klammheimlich triumphieren, ginge in Deutschland eine Moschee in Flammen auf.“

Der Blick in die Zukunft ist für die Bundesrepublik eher zwiespältig, obwohl die Bilanz des bislang Geleisteten, bei den Sicherheitsbehörden wie in der Politik, positiv erscheint. Doch Islamisten und Islamhasser werden stärker. Die Demokratie braucht starke Nerven.



↑ „Bärgida“-Demonstration
(Berlin, 19.10.2015). Photo:
Susette Wahren, © JFDA e.V.



Einigkeit und Recht und „Volksgemeinschaft“

Überlegungen zur konformistischen Revolte in Deutschland

Melanie Hermann

„Konformismus“, so informiert uns Wikipedia, wird von seinen Kritiker_innen als Haltung verstanden, „die sich im Lebensvollzug und in der Entscheidungsfindung überdurchschnittlich stark, unter Aufgabe eigener Individualität an den Normen und Meinungen der Mehrheit der Gesellschaft beziehungsweise der Bezugsgruppe orientiert.“ Eine Revolte dagegen findet laut Duden dann statt, wenn sich eine Gruppe gegen die bestehenden Verhältnisse auflehnt.

Beide Konzepte erscheinen ihren Definitionen folgend zunächst vollkommen unvereinbar. Konformist_innen und Revolutionär_innen verbindet selten mehr als Antipathie und politische Gegnerschaft. Ein Antagonismus, der ebenso widerspruchsfrei zu sein scheint wie die Einteilung politischer Lager in Linke, Rechte und die, zunehmend zur Disposition stehende, bürgerliche Mitte. Die Beobachtungen der letzten Jahre lassen jedoch Zweifel daran aufkommen, ob diese Grenzziehungen nach wie vor so klar verlaufen beziehungsweise ob sie es überhaupt je taten. Vor allem stellt sich die Frage, ob eine Einstufung politischer Diskurse, Bewegungen und Prozesse in links oder rechts als vordergründiges Kriterium ihrer inhaltlichen Verortung zielführend ist. Zunehmend fällt der Begriff der Querfront, um eine mögliche Erklärung für die sich häufenden inhaltlichen wie personellen

Überschneidungen zwischen diversen politischen Strömungen zu finden. Insbesondere all jene Gruppen, Parteien und Bewegungen, die als neu-rechts oder rechtspopulistisch gehandelt werden, werfen diesbezüglich Ungeheimheiten auf.

In ihrer inhaltlichen Ausrichtung, beispielsweise in ihrer Bewertung von Migrationsbewegungen nach Deutschland, ihrer Position zur Emanzipation von Frauen oder den Rechten von LGBTI (*LesbianGayBisexualTranssexual/TransgenderIntersexual*), bedienen sowohl Bewegungen wie Pegida (und Ableger) als auch die AfD Argumentationsstrukturen, die eine große Schnittmenge mit beziehungsweise Offenheit für extrem-rechte Weltansichten aufweisen. Das, was die meisten neu-rechten beziehungsweise rechtspopulistischen Bewegungen von dezidiert rechtsextremen Parteien und Kameradschaften unterscheidet, ist, dass sie partout keine Nazis sein wollen, sich bisweilen sogar als postmoderne Antifaschist_innen begreifen. Indem sie sich selbst zu Freiheitskämpfer_innen des „Das-wird-man-doch-wohl-sagen-Dürfens“ stilisieren, die sich gegen Nazis von heute – wie beispielsweise die Antifa, „grünversiffte Gutmenschen“ oder die „Kanzlerdiktatorin“ – auflehnen, präsentieren sie sich als die moralischen Sieger der deutschen Gegenwart und Geschichte.

← „Bärgida“-Demonstration (Berlin, 13.07.2015). Photo: Susette Wahren, © JFDA e.V.



← Mahnwache der AfD und der Initiative „Einprozent“ vor dem Kanzleramt (Berlin, 21.12.2016). Photo: Grischa Stanjek, © JFDA e.V.

Insbesondere die AfD als demokratisch wählbare Partei, aber auch Pegida, Montagsmahnwachen und Friedensbewegte grenzen sich nicht nur überwiegend dezidiert von der deutschen Vergangenheit ab, sie sehen sich sogar in der Verantwortung, ein Wiederholen derselben zu vermeiden. Nur, dass aus ihrer Sicht sie heute die Opfer sind, die sich gegen ihre Unterdrücker_innen zur Wehr setzen müssen. Diese sich gleichsam als Notwehr und als rebellischer Akt gerierende Täter-Opfer-Umkehr berechtigt, ja verpflichtet sie ihrer regressiven Logik zufolge sogar zu einer Bandbreite an vermeintlichen Abwehrhandlungen.

Doch bevor wir uns dem rebellischen Anteil der konformistischen Revolte zuwenden, lohnt es sich, zunächst einen Blick auf die gekränkten Anteile dieser Vergemeinschaftung zu werfen. Es sei zunächst vorweggenommen, dass die Partizipation an modernen Gesellschaften allen Individuen einiges abverlangt. Die Teilhabe an der bürgerlichen Gesellschaft wird niemandem geschenkt, für einige ist sie lediglich in weiterer Ferne als für andere. Weiß, männlich, heterosexuell, etc. zu sein, ist bereits ein großer Schritt in

die gewünschte Richtung. Unter dem Druck, seines eigenen Glückes Schmied sein zu müssen, befinden sich die bürgerlichen Subjekte in einem permanenten Konkurrenzkampf zueinander. Nur durch unentwegte Selbstbeherrschung ist es ihnen möglich, ihre Triebe,

„Indem sich neu-rechten beziehungsweise rechtspopulistischen Bewegungen zu Freiheitskämpfer_innen des ‚Das-wird-man-doch-wohl-sagen-Dürfens‘ stilisieren, präsentieren sie sich als die moralischen Sieger der deutschen Gegenwart und Geschichte.“

Affekte und unerfüllbaren Wünsche zugunsten ihres zweckgerichteten Charakters zu kontrollieren. Dieser schmerzhafteste Prozess führt nicht selten zu einer unbewussten Projektion des Unbehagens auf ein konstruiertes „Anderes“, das es auf keinen Fall besser haben sollte als man selbst, also als der „kleine Mann“ oder die „besorgte Bürgerin“. Zudem macht diese Fremdprojektion das eigene Un-

behagen nicht nur greifbar, sondern auch bekämpfbar, wenn es im Außen personifiziert werden kann.

„Der neu-rechte oder rechtspopulistische Protest sucht jedoch gar nicht nach differenzierten Erklärungsansätzen für komplexe gesellschaftliche Probleme. Gerade diese Komplexität verursacht Angst, verstärkt das Bedürfnis nach klaren Grenzen – sowohl zwischen Nationen als auch zwischen Identitäten.“

Die Intention der vorangestellten Aufschlüsselung des individuellen und kollektivierte Leidensdruckes ist es mitnichten, die regressiven Handlungsmuster, die Rechtspopulist_innen entwickeln, zu relativieren. Im Gegenteil, ihr Handeln erscheint umso unentschuldbarer, wenn wir uns vergegenwärtigen, wie groß die Fülle an progressiven Formen individueller wie kollektiver Strategien ist, mit den Widrigkeiten moderner Vergesellschaftung umzugehen. Der neu-rechte oder rechtspopulistische Protest sucht jedoch gar nicht nach differenzierten Erklärungsansätzen für komplexe gesellschaftliche Probleme. Gerade diese Komplexität verursacht Angst, verstärkt das Bedürfnis nach klaren Grenzen – sowohl zwischen Nationen als auch zwischen Identitäten.

Für die Kolporteure der konformistischen Revolte ist die wichtigste Grenze jene zwischen ihrer Volksgemeinschaft und allen, die nicht dazu gehören. Volk wird von ihnen verstanden als vor-diskursive, „natürliche“ und vor allem homogene Schicksalsgemeinschaft, in der die geschundenen Individuen endlich zu ihrem Recht und Frieden kommen sollen.

Ein zentraler Bestandteil dieses regressiven Glücksversprechens ist die Sehnsucht nach Einfachheit. Weg mit der abstrakten „Zinsknechtschaft“, weg mit dem „Genderwahn“, weg mit allen Errungenschaften der

Aufklärung, zugunsten eines vermeintlichen Naturzustandes. Hier manifestiert sich das antiaufklärerische, antimoderne Moment der konformistischen Revolte. Die Subjekte sehnen sich danach, in einer eindeutigen, widerspruchsfreien Identität und Gemeinschaft aufzugehen. Die völkische Ideologie projiziert kollektiv die Widersprüche moderner Vergesellschaftung in ein außen gelagertes „Anderes“, um sie dort anzugreifen und letztlich zu vernichten. Nur durch die Vernichtung des äußeren Feindes kann die innere „Zersetzung der Volksgemeinschaft“ aufgehalten und ihr Glücksversprechen endlich erfüllt werden, so die wahnhaftige Vorstellung.

Das Narrativ von einer kleinen verschworenen Gruppe, die im Geheimen die Strippen zieht und über „uns alle“ herrscht, taucht zumindest strukturell in den unterschiedlichsten politischen Kontexten auf. Die Simplifizierung abstrakter Herrschaftsverhältnisse und komplexer sozio-politischer Prozesse zu einem banalen Gut-Böse-Schema ist ein zentrales Element der meisten Verschwörungsideologien und wenn nicht explizit, so doch implizit antisemitisch.

Der moderne Antisemitismus geriert sich als Abwehrkampf gegen die Nebenwirkungen moderner Vergesellschaftung, die in dem Konstrukt „des Juden“ gebündelt werden und sich entweder unmittelbar auf Jüdinnen und Juden oder mittelbar beziehungsweise codiert auf Israel oder „die Rothschilds“ etc. entladen. Der deutsche Antisemitismus ging nicht etwa mit dem „III. Reich“ unter, er wurde lediglich modifiziert, in eine Sprache übersetzt also, die nach der Shoah antisemitische Ressentiments auch für nicht-bekennende Nazis sagbar machte. Jene Verschwörungsideologien, die das Bild der heimtückischen Strippenzieher bedienen, weisen daher in der Regel antisemitische Strukturen auf. Wer sie dechiffriert, gelangt in den meisten Fällen schneller als ihm lieb ist zum Bild „des Juden“ als Ursprung allen Übels, zum Phantasma der jüdischen Weltverschwörung also. Gegen die bösen Strippenzieher, in welches Gewand auch immer sie von den neu-rechten Verschwörungsideologen gekleidet wurden, gilt

es, sich zur Wehr zu setzen, zu revoltieren.

Zentral für das Moment der Revolte ist der positive Bezug auf „die Volksgemeinschaft“, die ausgebeutet, unterjocht, „überfremdet“ oder sogar existenziell bedroht wird. Die wahnhaftige Weltsicht der konformistischen Rebellen bringt sie in die verantwortungsvolle Position, zu den Wenigen zu gehören, die verstanden zu haben glauben, was schief läuft in Deutschland und der Welt. Und nicht nur das. Außer ihnen scheint niemand die große Gefahr zu erkennen, in der das „deutsche Volk“ schwebt. Also ist es an ihnen, die verblendete Gesellschaft über die Verhältnisse aufzuklären und gegen die imaginierten Feindbilder in Stellung zu bringen. Ihr Rebellentum basiert auf der Annahme, sie würden Tabus brechen, in dem sie sich gegen das „Meinungsdiktat“ der Bundesregierung auflehnen und sagen, was angeblich nicht gesagt werden darf. Insbesondere Freiheit und Demokratie seien ihnen wichtig, da sind sich AfD, Pegida, Friedensbewegte und sogar die Identitäre Bewegung einig. Dabei geht es jedoch nicht um die individuelle Freiheit oder politische Teilhabe unterschiedlicher Einzeller mit diversen widersprüchlichen Interessen, sondern um das politische Agieren eines naturalisierten Volkskörpers.

„In dieser ‚identitären‘ oder ‚organischen Demokratie‘ erfolgt die politische Willensbildung nicht mehr als individueller Akt von Gleichen, sondern als kollektiver Akt von Identischen. Diese ‚Demokratie‘ ist nicht mehr ‚auf vermeintlich unveräußerliche Rechte des jeder Zugehörigkeit entrisenen Individuums‘ gegründet, sondern auf die ‚Zugehörigkeit zu einem Volk‘ und auf ‚die politische Form, in der sich das Volk zu entfalten sucht‘.“¹

Die Freiheit, nach der die konformistische Revolte sich sehnt, meint nicht das Privileg, frei zu sein von Herrschaft, Zwang oder Leid, sondern die Freiheit, Ressentiments nicht nur uncodiert öffentlich äußern zu dürfen, sondern die Möglichkeit, sie zum *common sense* zu erklären. Dies sei in der BRD nicht möglich. Bei dieser handele es sich ohnehin um einen schwachen, weil nicht souveränen Staat, der ausschließlich im Sinne fremder Mächte

und zu Ungunsten der deutschen „Volksgemeinschaft“ handle. Alle innenpolitischen Schwierigkeiten und Hemmnisse laufen in dieser herbeiphantasierten Fremdherrschaft zusammen. Dem Gefühl der eigenen Schwäche wollen die konformistischen Rebellen beikommen, indem sie den von ihnen als schwach empfundenen Staat kritisieren und sich eine autoritäre Alternative wünschen.²

2 Ebd., S. 20.

„Jene Verschwörungsideologien, die das Bild der heimtückischen Strippenzieher bedienen, weisen in der Regel antisemitische Strukturen auf. Wer sie dechiffriert, gelangt in den meisten Fällen schneller als ihm lieb ist zum Bild ‚des Juden‘ als Ursprung allen Übels, zum Phantasma der jüdischen Weltverschwörung also.“

Der autoritäre Staat im neu-rechten oder rechtspopulistischen Sinne braucht nicht unbedingt einen charismatischen Führer, sondern basiert auf der Diktatur der „Volksgemeinschaft“, verbunden durch „Blut und Boden“. Wenn also die konformistische Revolte unterschiedlicher Couleur heute lauthals nach direkter Demokratie verlangt, sei an die Worte erinnert, die gemeinhin Theodor W. Adorno zugeschrieben werden: „Ich fürchte mich nicht vor der Rückkehr der Faschisten in der Maske der Faschisten, sondern vor der Rückkehr der Faschisten in der Maske der Demokraten.“

1 Schiedel, Heribert: „Abendland in Christenhand!“ Autoritäre und rassistische Mobilisierungen in der Postdemokratie, in: Freie Assoziation – Zeitschrift für psychoanalytische Sozialpsychologie 2/2015, S. 18.



↑ Protest gegen die
„Bilderberger-Konferenz“
(Dresden, 10.06.2016).
Photo: Grischa Stanjek,
© JFDA e.V.



Die BRD ist NICHT



DEM DEUTSCHEN VOLKE

Deutschland



Wir - das deutsche Volk - fordern ein
Aufruf an die Alliierten Mächte,
insbesondere Russland!
Helfen Sie dem deutschen Volk!

Befrei Sie Deutschland endlich vom Faschismus und Nationalsozialismus!
Jahreslange faschistische Diktatur in Deutschland sind geblieben!
Die Bundesrepublik Deutschland (BRD) ist nicht Deutschland.
Die gesamte Menschheit wird durch die BRD getötet.
Die BRD ist nicht souverän.
Die BRD ist lediglich eine in private Firmen strukturierte
Fremdverwaltung, welche Deutschland okkupiert hat.
Die BRD führt seit Anfang, bis zum heutigen Tage,
die Politik des 3. Reichs von Adolf Hitler staatserbkäuflich weiter.
Die BRD verheißt den notwendigen Abschluß der Friedensverträge
Der zweite Weltkrieg wurde daher bis heute nicht beendet.
Durch einen hochverräterischen, geheimen Staatsvertrag mit den
Alliierten im deutschen Staatsangehörigkeitsgesetz (SAG) von 1951
das gleichgeschaltete deutsche Volk staatenlos gemacht. (Bismarck)
Das Ergebnis ist die totale Entmündigung und Entschöpfung aller
Menschenrechtsverletzungen sind daher in Deutschland an der
strafrechtlich nicht geschätzt.
Die BRD hat durch Staatlosigkeit und illegale Weiterführung
jegliche nationale und internationale Legitimation verloren.
Alle aktuellen und rückwirkenden Verträge wurden damit ge-
Durch die illegale Privatisierung nach alter BRD-Organen zu
Deutschland Stillstand der Rechtspflege und Rechtsankunft.
(siehe zum Beispiel internationales Firmenregister www.wjgk.de)
Die BRD ist über das Projekt "Europäische Union" auf dem Weg
Die BRD ist der finanzielle Motor und führender Rüstungsproduzent
für die Kräfte in der Welt!
Alle deutschen Bürger sind nach dem Grundgesetz FÜR die
die Gesamtlösung zur Befreiung Deutschlands und zur Wieder-
annexion.
Der Schlüssel zur Befreiung von Deutschland und Europa
ist im GG nicht zu finden. Die Bundesverträge, zur Befreiung
vom Nationalsozialismus, gemäß Artikel 113 des GG, sind
zu überwinden. Die BRD ist ein Verbrechen und muss
militärisch durch die Alliierten beendet werden.
Die BRD ist ein Verbrechen und muss militärisch durch die
Alliierten beendet werden und soll offenkundig
aufgehoben werden.
Manne J... elte...

vom EU - Fa
G146

TAG
1155
SIE SIND
IER, WANN
OMMT IHR?

Verschwörungsideologie mit deutscher Spezifik*

Gedanken zur Aporie des „Reichsbürger“-Begriffs

Jan Rathje

* Artikel erschien zuerst in Markus Liske, Manja Präkels (Hg.): *Vorsicht Volk!: Oder: Bewegungen im Wahn?* Berlin: Verbrecher Verlag, 2015.

Seit Anfang der 2010er Jahre nimmt die mediale Berichterstattung über Anhängerinnen und Anhänger der deutschen Reichsideologie zu. Oftmals werden sie als „Reichsbürger“ oder gar als Teil der „Reichsbürgerbewegung“ bezeichnet, bzw. als „Reichsdeppen“ und „Aluhüte“ verspottet. Die Irren in Schwarz-Weiß-Rot mit ihren „Königreichen“ und „Reichskanzlerschaften“ bilden ein leichtes Ziel nicht nur für Satire und Karikaturen. Bei so viel scheinbar einhelliger Ablehnung

die Bundesrepublik Deutschland ist kein Staat und zweitens ein Deutsches Reich besteht weiter fort. In diesen beiden Grundannahmen verweist die deutsche Reichsideologie auf Elemente des Rechtsextremismus. Die erste Behauptung, die BRD würde nicht existieren, ist verschwörungsideologisch, denn sie versucht gleichsam zu erklären, worum es sich bei der Bundesrepublik „in Wahrheit“ handelt.

„Was als post-nationalsozialistische, deutsche Reichsideologie gefasst wird, ist im Wesentlichen eine Verschwörungsideologie mit deutscher Spezifik: die Ideologie von der ‚antideutschen Weltverschwörung‘.“

dieser „Staatsleugner“ verwundert es aber doch, welchen Verbreitungsgrad ihre Reichsideologie inzwischen an den Off- und Online-Stammtischen erreichen konnte. Um dieses Phänomen analysieren zu können, gilt es, die gängigen Begriffe auf ihr Erklärungspotential zu prüfen. Sie verdecken mehr, als dass sie aufklären.

Die post-nationalsozialistische Reichsideologie beruht auf zwei Grundannahmen: Erstens

Die Grenze zum Antisemitismus wird dann überschritten, wenn die BRD als Instrument einer Verschwörung charakterisiert und den Verschwörerinnen und Verschwörern antisemitische Stereotype zugeschrieben werden. In einigen Fällen wird hierbei die Propaganda des Nationalsozialismus von der „jüdischen Weltverschwörung“ schlichtweg fortgesetzt. Die rechtsextremen Juristen Sylvia Stolz und Horst Mahler etwa vertreten diese offen antisemitische Strömung innerhalb der deutschen Reichsideologie.

Die Annahme der Existenz eines Deutschen Reiches veranlasst Reichsideologinnen und -ideologen außerdem zu gebiets- und damit geschichtsrevisionistischen Forderungen nach einem Deutschland in den Grenzen von 1914 oder 1937. Derlei Forderungen als rechtsextrem zu verorten, ist in der deutschen Öffentlichkeit weitreichender Konsens. So wichtig jedoch der Hinweis auf den rechts-

← Kundgebung der Initiative „staatenlos.info“ vor dem Bundestag (Berlin, 11.09.2016). Photo: S. Geiselbrechtiger, © JFDA e.V.



← Dienstflagge des Kolonialamtes des Deutschen Reichs am Rande einer AfD-Kundgebung (Elsterwerda, 02.06.2016). Photo: Grischa Stanjek, © JFDA e.V.

extremen Kern der deutschen Reichsideologie für ihre Bekämpfung ist, bleiben dabei doch bestimmte Fragen unbeantwortet: Welche individuellen Bedürfnisse befriedigt diese Ideologie? Welche gesellschaftlichen Verhältnisse drücken sich in ihr aus? Hierauf Antworten zu finden, ist notwendig, um die Ursachen des Phänomens zu erkennen, doch schon die benutzten Begriffe sind bei diesem Unterfangen hinderlich. Was als post-nationalsozialistische, deutsche Reichsideologie gefasst wird, ist im Wesentlichen eine Verschwörungsideologie mit deutscher Spezifik: die Ideologie von der „antideutschen Weltverschwörung“.

Die begriffliche Unschärfe zeigt sich bereits in der weitverbreiteten Zusammenfassung von Reichsideologinnen und -ideologen einerseits und den sogenannten Selbstverwaltenden andererseits in der Kategorie Reichsideologie/„Reichsbürger“, denn im Gegensatz zu ersteren müssen letztere keinen Bezug zum Deutschen Reich herstellen. Selbstverwaltende glauben aus der BRD austreten, eigene Staaten auf ihren Grundstücken gründen und sich unter „Selbstverwaltung“ stellen zu können. Ein Rückbezug auf das Deutsche Reich ist dafür nicht zwingend erforderlich. Es gibt

nichtsdestotrotz verbindende Elemente zwischen beiden Gruppierungen. Auf den ersten Blick liegen diese vor allem auf der argumentativen Ebene und sind vornehmlich mit der ersten Grundannahme verbunden: der Nichtexistenz der Bundesrepublik Deutschland. Daraus werden Befreiungen von Steuern und Ordnungs- sowie Bußgeldern abgeleitet. Doch auch die gemeinsame Kategorisierung als „Staatsleugner“ greift zu kurz, denn der Fokus auf die Nichtexistenz der BRD bildet nur den rechts-praktischen Teil ihrer Welt-sicht ab. Zwar drehen sich Auseinandersetzungen zwischen den Anhängerinnen und Anhängern dieser Ideologie und deutschen Behörden maßgeblich um diese Behauptung, die „Staatsleugnung“ ist jedoch nur der offensichtliche Teil der zentralen Aussage; das in ihr Verborgene ist die Annahme einer Verschwörung. Die Bundesrepublik, ihre Politikerinnen und Politiker sowie ihre Medien werden ausschließlich als Erscheinungsformen dieser Verschwörung wahrgenommen.

Hier, in der verschwörungsideologischen Feindbestimmung, liegen die entscheidenden Gemeinsamkeiten von Reichsideologinnen, -ideologen und Selbstverwaltenden. Der ima-

ginierte Feind zeichnet sich zunächst durch sein Handeln gegen das deutsche Volk aus; er ist in diesem Sinne „antideutsch“. Der Blick auf die Narrative dieser Ideologie offenbart, dass sich die Anhängerinnen und Anhänger nicht mit einer einfachen Verschwörung zufriedengeben. Um ihrem Selbstbild gerecht zu werden, muss die Verschwörung globale Ausmaße haben: Dem deutschen Volk steht eine „antideutsche Weltverschwörung“ gegenüber.

„Und so verschmelzen die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges mit der deutschen Bundesregierung, dem Finanzkapital, Journalistinnen und Journalisten sowie allen Jüdinnen und Juden der Welt zu einem kollektiven, nicht näher bestimmbareren Gegenspieler eines genauso wenig bestimmbareren metaphysischen Deutschland.“

Diese ideologische Figur ist keine Neuschöpfung. Sie basiert auf der Vorstellung einer „jüdischen Weltverschwörung“, die seit Beginn des 20. Jahrhunderts mithilfe von Publikationen wie den „Protokollen der Weisen von Zion“ international verbreitet wird. Adolf Hitler dienten diese „Protokolle“ als Inspiration; die „jüdische Weltverschwörung“ wurde in Deutschland unter nationalsozialistischer Führung Teil der Herrschaftsideologie. Als solche jedoch kann sie in der post-nationalsozialistischen, deutschen Gesellschaft nicht geäußert werden, ohne sich offen zum Antisemitismus zu bekennen. Deshalb bedienen sich ihre Agitatorinnen und Agitatoren bewusst und unbewusst antisemitischer Andeutungen, Codes und Chiffren – das Publikum entschlüsselt selbst die Feindbilder, die erst durch eine Kontextualisierung ihren antisemitischen Kern preisgeben. Die Bilderberger, das Finanzkapital und die Wall Street etwa stellen eine wirtschaftliche Elite dar, die in der Vergangenheit als jüdisch charakterisiert wurde. Hinter den personalisierten Angrif-

fen gegen diese Elite steckt eine völkische Kapitalismuskritik, die in der Beseitigung des „raffenden“ Kapitals – als Gegensatz zum „schaffenden“ Kapital – die Lösung aller gesellschaftlichen Probleme sieht. In der Ideologie von der „antideutschen Weltverschwörung“ werden die weiteren unabänderlichen Eigenschaften der Verschwörerinnen und Verschwörer ebenfalls aus dem Fundus tradierter antisemitischer Stereotype zusammengestellt: Sie sind verschlagen, pervers, gierig, unmoralisch etc. Ihr vorrangiges Ziel ist die Vernichtung der Deutschen; als „Agenten des Bösen“ ist das Böse selbst ihre einzige Handlungsmotivation.

Die Anhängerinnen und Anhänger dieser Verschwörungsideologie beschränken sich allerdings nicht nur auf Feindbestimmungen; mit dem negativen Fremden und Feindlichen wird zugleich ein positives Eigenes imaginiert, welches sich bereits in der Beschreibung des Feindes als „antideutsch“ ausdrückt. Den positiven Bezugspunkt in der Ideologie von der „antideutschen Weltverschwörung“ bietet die Identität als Deutsche bzw. deutsches Volk und als Opfer (der Verschwörung). Vor dem Hintergrund der deutschen Täterschaft am Holocaust werden gezielt die Rollen verkehrt: Täter werden in der Erzählung Opfer; Opfer werden Täter. Damit bietet dieses Selbstbild Raum zur Leugnung oder Rechtfertigung des Holocaust. Die zugrundeliegende Auffassung von einer gemutmaßten Identität des deutschen Volkes ist kollektivistisch, völkisch-nationalistisch und völkisch-antikapitalistisch. Man steht den gesellschaftlichen Entwicklungen in Folge der bürgerlichen Revolutionen feindlich gegenüber. Diese werden auf ihre negativen Ausformungen wie Vereinzelung, Massenarbeitslosigkeit oder Umweltzerstörung reduziert und als drohender Zusammenbruch der vertrauten Werteordnung empfunden. Eine Bedrohung, der ein phantastisch überhöhter früherer Zustand als vermeintlich natürliche Organisation der Gesellschaft entgegengesetzt und mit dem deutschen Volk identifiziert wird. Das Individuum hat sich den Bedürfnissen dieses Kollektivs unterzuordnen. Widersprüche dürfen darin nicht existieren. Da nun aber die Bundesrepu-

blik Deutschland in zahlreiche internationale Regime und Organisationen eingebunden ist, widerspricht sie der völkischen Identität, ist Teil der feindlichen Modernisierung. Und so verschmelzen die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges mit der deutschen Bundesregierung, dem Finanzkapital, Journalistinnen und Journalisten sowie allen Jüdinnen und Juden der Welt zu einem kollektiven, nicht näher bestimmbareren Gegenspieler eines genauso wenig bestimmbareren metaphysischen Deutschland.

Die Identifizierung mit einem solchen imaginären deutschen Volk ist psychologisch hoch komplex und widersprüchlich. Gerade die Variabilität dieses Identitätsangebots macht aber die Ideologie von der „antideutschen Weltverschwörung“ gesellschaftlich anschlussfähig. Dabei kommen ihr allgemeine Funktionen von Verschwörungsideologien zugute. Die Freund-, Feindbestimmung gibt Antwort auf die Frage: „Why do bad things happen to good people?“ Eine Überlegung, der in Zeiten großer gesellschaftlicher Umbrüche besonders häufig nachgegangen wird. Anstatt konkrete Probleme zu benennen, werden Sündenböcke präsentiert. Davon zeugen in Deutschland auch die „Mahnwachen für den Frieden“ und PEGIDA-Demonstrationen der Jahre 2014/15. Äußerungen der Veranstalterinnen und Teilnehmenden beider Bewegungen wiesen deutliche Verbindungen zur Ideologie von der „antideutschen Weltverschwörung“ auf. Die Ablehnung von Gesprächen mit der „Lügenpresse“ war praktischer Ausdruck des Wunsches nach dem widerspruchsfreien, deutschen Kollektiv.

Ein weiterer Anknüpfungspunkt zeigte sich in den adressierten emotionalen Hintergründen der Anhängerinnen und Anhänger: Ein allgemeines Misstrauen gegen unverstandene gesellschaftliche Prozesse, Abhängigkeit, Exklusion, Untergangängste sowie die vielbeschworene „Politikverdrossenheit“. Leo Löwenthal und Norbert Guterman haben diese Gefühle als „Grundbestand der modernen Gesellschaft“ beschrieben, als „soziales Unbehagen“¹. Dieses muss als von der Gesellschaft selbst hervorgebrachtes Phänomen betrachtet werden, denn die Alternative dazu

wäre, die Anhängerinnen und Anhänger derartiger Bewegungen als Verrückte zu begreifen und so die gesellschaftlichen Probleme zu externalisieren.

„Die sozialen Medien des Internets bieten neue Möglichkeiten zur Massenagitation. Sie stellen riesige Stammtische bereit, an denen Ressentiments ausgebildet oder gepflegt werden können.“

Inwiefern sich Individuen in der Krise einer Verschwörungsideologie bedienen, ist davon abhängig, ob sie eine Verschwörungsmentalität als Teil eines autoritären Charakters ausgebildet haben. Darüber hinaus muss es Agitatorinnen und Agitatoren geben, die – auf möglichst großen Podien – eine entsprechende Propaganda verbreiten. Die sozialen Medien des Internets bieten hier neue Möglichkeiten zur Massenagitation. Sie stellen riesige Stammtische bereit, an denen Ressentiments ausgebildet oder gepflegt werden können. In der Öffentlichkeit finden sich zwar Begriffe wie „Reichsideologie“, „Reichsbürger“ oder „Staatsleugner“ durchaus auch als Selbstzuschreibungen, wie dargelegt, ist deren Grundlage jedoch immer die Ideologie von einer „antideutschen Weltverschwörung“. In diesem umfassenderen Kontext spielt ein „Deutsches Reich“ als Projektionsfläche für die Bedürfnisse der Anhängerinnen und Anhänger eine weit geringere Rolle als die Imagination der weitgehend unbestimmten Großbegriffe des „Deutschen“ und des „Antideutschen“. Die aus diesem dualistischen Weltbild gewonnene kollektive Identität ist für weitere Teile der Gesellschaft anschlussfähig. Entsprechend sind Begrifflichkeiten, die auf den Gedanken der Reichsnachfolge oder das Verhältnis zur Bundesrepublik abzielen, für ein Begreifen der konkreten historisch-politischen und gesellschaftlichen Dimension der zugrundeliegenden Ideologie ebenso hinderlich, wie ihre Instrumentalisierung zu Agitationszwecken. Gleiches gilt für die Pathologisierung der Anhängerinnen und Anhänger als „Aluhüte“.

¹ Löwenthal, Leo; Guterman, Norbert: *Prophets of Deceit. A Study of the Techniques of the American Agitator*, Harper Brothers, New York 1948, S. 11.

↓ „Reichsbürger“-Kundgebung gegen die „Bilderberger-Konferenz“ (Dresden, 11.06.2016). Photo: Grischa Stanjek, © JFDA e.V.





Zur Aktualität der identitären Ideologie

Micha Brumlik

Die Identitäre Bewegung vertritt eine Programmatik, die auf der politischen Ebene von rechtspopulistischen Parteien und Personen von Trump in den USA über Geert Wilders in den Niederlanden, Viktor Orban in Ungarn, Marine Le Pen in Frankreich bis hin zu Petry und Gauland von der AfD in Deutschland umgesetzt wird. In einer oberflächlich rationalen Argumentation hat das der noch immer der SPD angehörige, vormalige Berliner Finanzsenator und rassistische Autor Thilo Sarrazin kürzlich in nüchternen Worten unter der Überschrift „Lernt von Donald Trump“ so zusammengefasst:

„So schaffen Globalisierung und Einwanderung in den Industriestaaten große Gruppen von Verlierern. Es leiden ja nicht nur die unmittelbar Betroffenen, sondern auch Familien und ganze Regionen. Generell herrscht jedoch das Mantra, dass Globalisierung und Einwanderung für alle gut sind. Die Verlierer hatten bisher kaum eine Chance gehört zu werden. Sie konnten sich kaum artikulieren, ohne in den Verdacht von Unverstand und Fremdenfeindlichkeit zu kommen. Zusätzlich kompliziert wird die Situation durch gern tabuisierte emotionale Komponenten, soweit es sich um kulturfremde Einwanderung handelt. Da spielen Sprache, Religion, soziale Gewohnheiten, abweichende Verhaltensmuster auch ethnische Unter-

schiede eine Rolle. Wer dies zum Thema machte, geriet“, so etwas selbstmitleidig Sarrazin, „schnell unter den Verdacht, ein Fremdenfeind oder Rassist zu sein.“¹

Ähnlich argumentierte nach der Wahl Trumps der Herausgeber der rechtsreformistischen Wochenzeitung „Junge Freiheit“, Dieter Stein: „Wir sehen, dass das Volk – für einige völlig überraschend – das Recht hat, sich auch gegen ungebremste Globalisierung, die Auflösung der Staaten in multiethnische und supranationale Großstrukturen zu entscheiden.“² Das aber ist auch heute noch oder gerade wieder das Projekt der „Identitären“, das Projekt einer autoritären Staatlichkeit im Widerstand gegen Multikulturalismus, Islam und Immigration, das aktuell durch eine „Neue Rechte“ aus den USA, einer „Alternative Right“ Unterstützung erfährt.

Der rechtsradikale Chefberater des künftigen US-amerikanischen Präsidenten Trump, der rechtsintellektuelle Polemiker Steve Bannon, selbst Sohn einer katholischen, verarmten Arbeiterfamilie, hat zu Protokoll gegeben, dass die Obama Administration amerikanische Arbeitsplätze vernichtet habe, um so neu entstehende Mittelschichten in Asien aufzubauen. Eine Diagnose, der man – wenn man ihre verschwörungstheoretische, intentionalistische Form einklammert – „objektiv“ nur recht geben kann. So hat der keinerlei rechter

1 Sarrazin, Thilo: Lernt von Donald Trump, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, Nr. 26 vom 20.11.2016.

2 Stein, Dieter: Kommentar, in: Junge Freiheit, 18.11.2016.

← Flaggen der „Identitären Bewegung“ auf einer „Bärgida“-Demonstration (Berlin, 13.07.2015). Photo: Susette Wahren, © JFDA e.V.

Ideologie verdächtige Ungleichheitsforscher Branko Milanovic nachweisen können, dass wachsender Verarmung und Ungleichheit in den westlichen Industriestaaten einem parallelen Aufstieg einer wohlhabenderen Arbeiter- und Mittelschicht gegenübersteht.³ Tatsächlich – und das macht die Ideologie der „Identitären“ so gefährlich und anschlussfähig – verbinden sie ihr Plädoyer für ethnisch geschlossene Staaten mit der Kritik an einer kapitalistischen Globalisierung und einer entfremdend wirkenden, oberflächlichen Kulturindustrie, denen sie national geschlossene Sozialstaaten entgegensetzen wollen.

Im Unterschied zu den eher nüchtern gehaltenen Worten Sarrazins und Steins geht es den intellektuellen Vordenkern dieser „Neuen Rechten“, den „Identitären“, dabei jedoch um etwas Anderes: um eine Emotionalisierung der politischen Auseinandersetzung – um das, was der diesem Denken nahestehende feuilletonistische Philosoph Peter Sloterdijk als „Thymotisierung“ der Politik bezeichnet. So argumentiert etwa der österreichische Aktivist der Identitären Bewegung Martin Sellner und sein deutscher Counterpart Walter Spatz in ihren Gesprächen zum Thema „Gelassen in den Widerstand“:

„Unser Ziel ist die geistige Verschärfung. Wir wollen die Herzen in Brand setzen, etwas in Bewegung bringen, die entscheidenden Fragen erneut, tiefer und mit politischen Folgen stellen. Die geistige Unruhe, der schlafende Furor teutonicus, das ewig unzivilisierbare, urdeutsche Fieber, das uns aus germanischen Urwäldern wie aus gotischen Kathedralen entgegenstrahlt, versammelt sich in uns. Unsere Gegner wissen das, und sie haben Angst. Sie wissen von der Möglichkeit der spontanen Eruption und Regeneration. Und sie wissen, dass wir nicht mehr in ihre Fallen laufen, dass wir ihren Schablonen und Gängelbändern entwachsen sind. Ich glaube“, so beschließt Sellner dieses politische Glaubensbekenntnis, „wir leben in einer Zeit der Entscheidung. Ich glaube“, so beschließt Sellner dieses politische Glaubensbekenntnis, „dass unsere Arbeit

als Kreis, im Denken und Hören auf das Sein, organisch in den politischen Kampf einer Massenbewegung, in die politische Arbeit einer Partei eingebunden ist.“⁴

In kenntnisreichen Gesprächen über Heideggers „Schwarze Hefte“, in denen dessen Antisemitismus deutlich aufscheint, loten die beiden rechtsintellektuellen Autoren die Handlungs- und Zukunftsmöglichkeiten einer entsprechenden Bewegung aus.⁵ Ihre Ziele sind klar: Neben einer ethnischen Schließung des Nationalstaats soll vor allem Immigration verhindert, der Islam ausgeschlossen und eine liberale und daher multikulturelle Gesellschaft bekämpft werden – wozu systematisch in erster Linie eine Ablehnung der Menschenrechte gehört:

„Der Sammelbegriff ‚Mensch‘ ist“, so etwa Walter Spatz, „in seiner identitären Bedeutsamkeit nur für die jeweiligen Völker angebracht. Einen weltweiten An- und Zuspruch gibt es nicht. Dieser ist letztlich Ausdruck der Machenschaft einer abstrahierten Idealität, die uns vom Eigenen trennt.“⁶

Mit Heidegger weiß sich die Identitäre Bewegung einig in ihrem Widerstand gegen die „angloamerikanisch dominierte Lebensart“, gegen Globalisierung, „Kulturindustrie“ und „Mediokratie“, gegen Prozesse also, die dazu führen „die Vielfalt der Völker zu negieren und ihre Selbstbehauptung und Selbstbesinnung zu verhindern.“⁷

Diese Rechtsintellektuellen offenbaren eine tiefliegende Strategie: geht es ihnen doch um das Erreichen einer im Sinne von Antonio Gramsci geduldig anzustrebende Politik des „gelassenen Widerstandes“ zum Erreichen kultureller Hegemonie, einer Strategie freilich, die auch das Bündnis mit gewalttätigen Aktivisten nicht scheut. Bei alledem weisen die Identitären jeden Rassismus weit von sich: gehe es doch nicht darum, das eigene Volk für wertvoller als andere zu erachten, sondern lediglich darum, es in seiner Eigenheit neben anderen zu bewahren. So gesehen, handelt es sich bei der Ideologie der Identitä-

3 Milanovic, Branko: Die ungleiche Welt. Migration, das Eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht, Berlin 2016.

4 Sellner, Martin; Spatz, Walter: Gelassen in den Widerstand. Ein Gespräch über Heidegger, Schnellroda 2015, S. 90.

5 In Götz Kubitscheks Antaios-Verlag ist das erwähnte Gespräch über Heidegger publiziert. Der Name dieses rechtsextremen Literatur publizierenden Verlages aus Schnellroda bezieht sich auf eine Gestalt der griechischen Mythologie, eines Riesen, den der Halbgott Herakles immer wieder beim Ringen zu besiegen suchte, der aber stets – sobald er wieder auf dem Boden lag – aus eben diesem Boden neue Kräfte empfing und deshalb unbesiegt war. Ein irdischer Gigantensohn, den selbst der Halbgott Herakles nicht besiegen konnte. Erst als Herakles den Riesen solange in der Luft hielt, bis er unwiderruflich all seine Kräfte verloren hatte, konnte Herakles siegen. Diese, über dem Boden schwebende Luft aber ist, so ließe sich die Sage deuten, die Luft der Vernunft.

6 Ebd., S. 33.

7 Ebd., S. 51 f.

„Tatsächlich – und dass macht die Ideologie der ‚Identitären‘ so gefährlich und anschlussfähig – verbinden sie ihr Plädoyer für ethnisch geschlossene Staaten mit einer Kritik an einer kapitalistischen Globalisierung und einer entfremdend wirkenden, oberflächlichen Kulturindustrie, denen sie national geschlossene Sozialstaaten entgegensetzen wollen.“

ren nicht um einen expansiven, sondern um einen defensiven Ethnonationalismus. Darin auch sehen sie selbst die Differenz zum historischen Nationalsozialismus.

Indem etwa Martin Sellner an Martin Heidegger dessen mangelnde Kritik am nationalistischen Auserwähltheitswahn, an der Personalisierung politischen Denkens (ein Hinweis auf Heideggers Glaube an Hitler) sowie dessen Glaube an eine „kämpferische Erringung“ eines bedeutsamen politischen „Ereignisses“ kritisiert, bezieht er im ethnopluralistischen Sinne Stellung gegen jeden chauvinistischen Nationalismus. Das ändert freilich nichts am politischen Ziel des Widerstands gegen Immigration, Islam und multikulturelle Gesellschaft. Warum nun beziehen sich diese Autoren auf den immerhin weltbekannten Philosophen, an dessen Bedeutung für die Philosophie des 20. Jahrhunderts weder sein Eintreten für Hitler, noch sein Rektorat, noch seine nun unübersehbar gewordene antisemitische Haltung etwas ändern dürfte? Das liegt vor allem an dem 1927 erschienenen und als Markstein der Existenzphilosophie geltenden Buch „Sein und Zeit“. Dort heißt es im § 74:

„Wenn aber das schicksalhafte Dasein als In-der-Welt-sein wesentlich im Mitsein mit anderen existiert, ist sein Geschehen ein Mitgeschehen und bestimmt als *Geschick*.

Damit bezeichnen wir das Geschehen der Gemeinschaft, des Volkes. Das Geschick setzt sich nicht aus einzelnen Schicksalen zusammen, sowenig als das Miteinandersein als ein Zusammenkommen mehrerer Subjekte begriffen werden kann. Im Miteinandersein in derselben Welt und in der Entschlossenheit für bestimmte Möglichkeiten sind die Schicksale im vorhin schon gelehrt. In der Mitteilung und im Kampf wird die Macht des Geschickes erst frei. Das schicksalhafte Geschick des Daseins in und mit seiner „Generation“ macht das volle, eigentliche Geschehen des Daseins aus.“⁸

Diese Sätze sind schon seit längerem – etwa bei Emmanuel Faye bereits 2005 sowie später bei Johannes Fritsche – als tragende Motive einer letztlich völkischen Philosophie erkannt worden.⁹ Indem sich die Identitären auf dieses Denken eines faschistischen Antimodernismus berufen, verorten sie sich auch ideologisch-politisch in dieser Tradition. Es war ein russischer Philosoph und früherer geistiger Wegbegleiter von Wladimir Putin, Alexander Dugin, über den dies völkische, von Heidegger inspirierte Denken über Umwege, unter anderen durch Jürgen Elsässer, seinen Eingang in die Ideologie der Neuen Rechten und der Identitären Bewegung gefunden hat. So publizierte Jürgen Elsässer ein Interview mit Dugin in dem er auf die Frage

8 Heidegger, Martin: *Sein und Zeit*, Tübingen 1967, S. 384.

9 Fritsche, Johannes: *Geschichtlichkeit und Nationalsozialismus in Heideggers Sein und Zeit*, Baden-Baden 2014; Faye, Emmanuel: *Heidegger. Die Einführung des Nationalsozialismus in die Philosophie*, Berlin 2005.

„Diese Rechtsintellektuellen offenbaren eine tief liegende Strategie: geht es ihnen doch um das Erreichen einer im Sinne von Antonio Gramsci geduldig anzustrebende Politik des ‚gelassenen Widerstandes‘ zum Erreichen kultureller Hegemonie, einer Strategie freilich, die auch das Bündnis mit gewalttätigen Aktivisten nicht scheut.“

Elsässers, warum er die sogenannte „Eurasische Idee“ propagiere, folgendes zu Protokoll gab:

„Weil es sich dabei um ein Konzept handelt, welches den Herausforderungen Russlands und der russischen Gesellschaft begegnet. Was sind die Alternativen? Es gibt den westlich-liberalen Kosmopolitismus, doch die russische Gesellschaft wird diese Idee niemals akzeptieren. Dann gibt es den Nationalismus, der sich für das multiethnische Russland ebenfalls nicht eignet. Auch der Sozialismus eignet sich nicht als tragendes Ideal für Russland, im Prinzip hat er auch in der Vergangenheit dort nie wirklich funktioniert. Die eurasische Idee ist daher ein realistisches und idealistisches Konzept. Es ist nicht nur irgendeine romantische Idee, es ist ein technisches, geopolitisches und strategisches Konzept, welches von all jenen Russen unterstützt wird, die verantwortungsbewusst denken.“¹⁰

Dugin gilt als Vertreter geopolitischen Denkens und als Theoretiker eines „eurasischen“ im Gegensatz zum „atlantischen“ Kulturraums. Er propagiert deshalb eine „Vierte politische Theorie“, die nach Liberalismus, Faschismus und Kommunismus am ehesten geeignet sei, das Überleben der Menschheit im Zeitalter der Globalisierung zu sichern.

Seine theoretischen Gewährsleute hierfür sind neben der bereits erwähnten Heidegger Referenz der französische Begründer, der „Nouvelle Droite“ Alain de Benoist sowie der sehr viel weniger bekannte italienische Ideologe Julius Evola. Dugin stellt in dem von ihm verfassten *Manifesto of the Global Revolutionary Alliance* fest, dass die Phase des Kapitalismus an ihre natürliche Grenze gestoßen sei, die Ressourcen erschöpft seien, der westlich liberale, kosmopolitische Lebensstil sowie die Kälte des Internet zum Zerschlagen aller gesellschaftlichen Bindungen geführt hätten und damit auch das herkömmliche Bild von Individualität und Individuen zerstört sei:

„Never before has individualism been glorified so much, yet at the same time, never before have people all over the world been so similar to each other in their behavior, habits, appearances, techniques, and tastes. In the pursuit of individualistic ‘human rights’ humanity has lost itself. Soon man will be replaced by the post-human: a mutant, cloned android.“¹¹

Demnach führten Globalisierung und *Global Governance* zum Ende von Völkern und Nationen, zum Ende eines gehaltvollen Wissens zugunsten einer von den Medien verbreiteten „Realität“ sowie zum Ende eines jeden Fortschritts. Bei Weiterentwicklung der Zustände im gegebenen Maß, so Dugin, sei nichts an-

¹⁰ Elsässer, Jürgen: Interview mit Alexander G. Dugin, in: Compact vom 10/2013.

¹¹ Dugin, Alexander G.: Eurasian Mission. An introduction to Neo-Eurasianism, United Kingdom 2014, S.129–133.

→ Aktivisten der „Identitären Bewegung“ vor der CDU-Bundespartei zentrale (Berlin, 21.12.2016). Photo: Grischa Stanjek, © JFDA e.V.



deres als eine apokalyptische Katastrophe zu erwarten. All diese Phänomene zeigen seiner Überzeugung nach das Ende eines langen historischen Zyklus an, der durch Aufstieg und Niedergang der westlichen Welt seit der Antike, spätestens seit der Renaissance gekennzeichnet ist. Am Ende stehe der Selbstmord der Gattung. Eine Rettung sei nur durch eine radikale Umkehr, eine grundlegende Neubestimmung auf andere Kategorien des Denkens möglich, eine Bestimmung, die schließlich zur Bildung politischer Formationen führen, die den Niedergang des Westens und der USA so beschleunigen können, dass sie ihn überleben: raumgebundene Völker ohne jeden wechselseitigen Überlegenheitsanspruch. Es ist dieser Gedanke einer radikalen Umkehr, einer „Kehre“, weswegen Dugin neben dem geopolitischen Denken der Eurasier im frühen Zwanzigsten Jahrhundert besonders auf Martin Heidegger verweist. 2011 publizierte er auf Russisch das Buch „Heidegger: Die Möglichkeit der russischen Philosophie.“¹² Alexander Dugin und Martin Heidegger: Das sind die Theoretiker, auf die sich die intellektuellen Vertreter der Identitären Bewegung, der Neuen Rechten, etwa Martin Sellner und Walter Spatz, beziehen.

Es zeigt sich, dass auch die Neue Rechte den Versuch unternimmt, intellektuell hoffähig zu werden. In Bezug auf Heidegger, auf den Begriff der kulturellen Identität sowie auf das „eurasisches Raumd Denken“ entsteht so eine Ideologie, die sowohl für völkische Parolen als auch für eine Annäherung an Putins autoritäres Russland plädiert.

12 Dugin, Alexander G.: Heidegger: Die Möglichkeit der russischen Philosophie (*Chajdegger: Wosmoshnost russkoj filosofii*), Moskau 2011.

Volks-
CDU SPD GRÜNLINKE
VERKÄTER



Flüchtige Moderne 2.0

Der Hass als neue Konstante

Patrick Gensing

Donald Trump hat die Wahl in den USA gewonnen. Fassungslos fragen sich viele: Wie war das möglich? Die Antwort: Trump bietet eine klare Erzählung an, ein Narrativ, eine Vision. Diese kann nicht durch Fakten entkräftet werden, denn die Erzählung basiert auf einer Ideologie der Irrationalität. Dies vereint ihn mit Rechtsaußen in Europa.

Björn Höcke – das ist der AfD-Fraktionschef in Thüringen, der Anführer des ganz rechten Flügels der Partei, ein Geschichtslehrer, der in neurechten Denkfabriken auftritt und Reden darüber schwingt, welche unterschiedlichen Fortpflanzungsstrategien es bei Menschen aus Europa und Afrika gebe. Biologistischer Unsinn von höchster deutscher Qualität also. Nichts, womit man sich länger beschäftigen möchte. Es lohnt sich aber, Höcke zuzuhören. Und zwar sehr genau. Er hält aufschlussreiche Reden. So zum Beispiel am 21. September 2016 in Erfurt, wo die AfD regelmäßig zu Kundgebungen aufruft. Um diese Rede soll es hier gehen.¹

Die jüngsten Erfolge der AfD könne man nicht anders bezeichnen als eine parteipolitische Revolution, ruft Höcke seinen Anhängern zu. Diese antworten mit Jubel und Sprechchören: „Widerstand“ – so hallt es durch Erfurt in der Dunkelheit. Schulter an Schulter führten die AfD-Landesverbände im Osten den politischen Kampf, so Höcke. Eine symbolträchtige

Achse, lobt er. Und weiter: „Wir marschieren getrennt, aber wir schlagen vereint!“² Das Ziel seien keine Reförmchen, wie er es verächtlich formuliert, sondern eine politische Wende um 180 Grad.

Im Westen Deutschlands, so Höcke, da schließen viele Menschen noch. Sie seien apathisch geworden durch die Gehirnwäsche der Altparteien und Medien. Zudem seien die Menschen „wurzellos“ geworden – und zwar durch das permanente Miesmachen „unserer Geschichte“. Was damit gemeint sein soll, führt Höcke nicht weiter aus. Braucht er auch nicht, jeder versteht es: Es geht um die deutschen Verbrechen, den Holocaust, den Vernichtungskrieg.

Hören wir Höcke aber weiter zu: Nicht sehr wenige Politiker wollten unser Volk und unseren Staat kaputt machen, verkündet er mit finsterem Blick. „Volksverräter“ schallt es durch die Nacht. Prof. Dr. Nina Janich von der sprachkritischen Aktion „Unwort des Jahres“ erläutert:

„Volksverräter ist ein Unwort im Sinne unserer Kriterien, weil es ein typisches Erbe von Diktaturen, unter anderem der Nationalsozialisten ist. Als Vorwurf gegenüber PolitikerInnen ist das Wort in einer Weise undifferenziert und diffamierend, dass ein solcher Sprachgebrauch das ernsthafte

¹ Rede von Björn Höcke (AfD) in Erfurt (21.9.2016), <https://www.youtube.com/watch?v=1hpmiNBylOY> (Stand: 11.01.2017).

² Ebd.



← AfD-Kundgebung (Elsterwerda, 06.02.2016). Photo: Grischa Stanjek, © JFDA e.V.

Gespräch und damit die für Demokratie notwendigen Diskussionen in der Gesellschaft abwürgt. Der Wortbestandteil Volk, wie er auch in den im letzten Jahr in die öffentliche Diskussion gebrachten Wörtern völkisch oder Umvolkung gebraucht wird, steht dabei ähnlich wie im Nationalsozialismus nicht für das Staatsvolk als Ganzes, sondern für eine ethnische Kategorie, die Teile der Bevölkerung ausschließt. Damit ist der Ausdruck zudem antidemokratisch, weil er – um eine Einsendung zu zitieren – ‚die Gültigkeit der Grundrechte für alle Menschen im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik‘ verneint.“³

Die Nationalsozialisten verstanden unter dem „Volksverrat“ ein unmittelbar gegen das deutsche Volk gerichtete Verbrechen, das die politische Einheit, Freiheit und Macht des deutschen Volkes zu erschüttern trachtet. Der „Volksverrat“ war somit das schwerste Verbrechen, das sich erdenken ließe, weil es gegen die Einheit aus Staat und „Volksgenossen“ gerichtet war. Dieses vom NS-Rechtsdenken formulierte Verbrechen des „Volksverrates“ skizziert Höcke wie folgt: Deutsche Politiker wollten absichtlich und systematisch das

deutsche Volk und dessen Staat zerstören, der das Volk schützen soll.“⁴

Die Stimmung heizt sich zunehmend auf. Es fehlen eigentlich nur noch Fackeln und Forken. Höcke entwirft innerhalb von gut 20 Minuten ein komplettes, abgeschlossenes Weltbild. Dieser Erzählung zufolge ist das deutsche Volk insgesamt bedroht – von innen durch den Multikulturalismus der Altparteien, der nur Mittel zum Zweck sei, um von außen Millionen von jungen Männern ins Land zu holen, die dann die Drecksarbeit verrichten, nämlich die Zerstörung des deutschen Volkes.⁵ Kollaborateure der Altparteien seien die Medien, die die Gehirnwäsche unterstützten. Dagegen setzt die AfD geschlossene Grenzen und die neue soziale Frage, die ein Euphemismus ist für eine Variante der „Volksgemeinschaft“, in der Widersprüche und soziale Ungerechtigkeiten innerhalb des „Volkes“ einfach weggewischt werden. Das deutsche Volk, die Gemeinschaft zählt, sie steht über allem – der Einzelne ist unwichtig.

So eine geschlossene Erzählung – die kann eine Menge wert sein. Dass dieses Narrativ bei vielen Menschen fängt, haben die ver-

3 Janich, Nina: Unwort des Jahres 2016: „Volksverräter“ (10.01.2017), http://www.unwortdesjahres.net/fileadmin/unwort/download/pressemitteilung_unwort2016.pdf (Stand: 11.01.2017).

4 Höcke 2016.

5 Ebd.

gangenen Wahlen nur zu deutlich gezeigt. Und auch Hunderttausende Kommentare in den Netzwerken belegen es. All die unzähligen Hasskommentare, all die Parolen – sie stammen aus dieser Erzählung, die in den vergangenen Jahren so wirkungsmächtig geworden ist. Auch Donald Trump setzte im Wahlkampf voll auf diese Karte: *Make America great again!* Diese Parole schlug sämtliche Argumente.

Wir aufgeklärte und gebildete und weltoffene Menschen, wir können uns tausendmal am Tag über die Dummheit von einzelnen Protagonisten aus dieser neuen nationalistischen Bewegung lustig machen, wir können Hunderte Tweets dagegensetzen, wir können Dutzende Erklärvideos produzieren, Fakten checken und Gerüchte entkräften – es nützt nichts. Die Erzählung, die Höcke an diesem Abend in Erfurt zur Aufführung bringt, sie lebt. Sie lässt sich nicht durch Vernunft entkräften. Daran ist auch Hillary Clinton gescheitert.

„Der Hass wird für viele Menschen zur Normalität, zu einer zuverlässigen Konstante. Sie benutzen ihn, um die Herausforderungen der Moderne abzuwehren.“

Warum ist das so? Warum helfen Fakten nicht? Zum einen, weil wir es mit einer Ideologie zu tun haben, die auf Widersprüchen und Irrationalität basiert – und zum anderen, weil die Leute, die dieser Erzählung folgen, an diese Geschichte glauben wollen und weil diese Erzählung weit mehr ist als nur eine lose Orientierungshilfe. Dieses Narrativ ist ein stabiler ideologischer Rahmen, in dem ich mein ganzes Leben, sogar die ganze Welt bequem unterbringen kann. Eine universelle Erklärung, mit der ich alles sortieren und einordnen kann. Man glaubt nur noch das, was man glauben will. Und in den Filterblasen befeuert und bestärkt man sich noch gegenseitig. Der gesamte Wahrnehmungsfilter verändert sich. Der Hass wird für viele Menschen zur Normalität, zu einer zuverlässigen

Konstante. Sie benutzen ihn, um die Herausforderungen der Moderne abzuwehren.

Progressive politische Bewegungen haben stets danach gestrebt, den einzelnen Menschen in die Lage zu versetzen, frei zu wählen, was er mit seinem Leben anfangen möchte oder nicht anfangen möchte. Weder sozialer Status noch Geschlecht oder Abstammung dürfen demnach Hindernisse bei der Lebensplanung sein. Keine Frage, die Realität sieht anders aus. Doch es ist zumindest ein Ideal, das bereits deutliche Fortschritte gebracht hat.

Während progressive Kräfte also gesellschaftlichen Fortschritt forcieren, streben reaktionäre Kräfte zurück in eine idealisierte Vergangenheit. Die 180 Grad-Wende, von der Höcke sprach. Und so sehnt sich die reaktionäre Kampfgemeinschaft zurück nach einer übersichtlichen Welt, in der alles so in Stein gemeißelt bleibt, wie es einst gewesen sein soll. Man will zwei Geschlechter, beide heterosexuell, der Mann geht ehrlich schaffen, die Frau kümmert sich um die Kinder. Ungefähr so wie im Heimatfilm. Minderheitenrechte sind in dieser Welt gefährlicher Unsinn, Homosexualität abnormal, von Feminismus möchte man gar nicht erst anfangen. In diesem Sinne schlägt Björn Höcke vor:

„Junge Männer, und das ist ja auch eine ganz natürliche Sache, junge Männer suchen selbstverständlich junge Frauen. Wenn sie aber keine jungen Frauen finden, dann nehmen sie sich eben junge Frauen.“⁶

Ganz natürlich. Kennt man doch: wenn man keine Frau findet, nimmt man sich halt eine. Die selbstverständlichste Sache der Welt? Im Ernst: Höckes Problem mit der sexualisierten Gewalt in Köln und anderswo scheint nicht zu sein, dass sich Männer „natürlich Frauen nehmen“, weil sie sonst keine finden, sondern dass die meisten Täter keine Deutschen waren.

Man propagiert hier eine idealisierte Vergangenheit, in der jeder und jede seinen

bzw. ihren festen Platz in der Gemeinschaft habe. In der jeder und jede eine festgelegte Rolle spielt, die keinen Raum für individuelle Interpretationen zulässt. Alternative Lebensentwürfe empfindet man als handfeste Bedrohung. Die Errungenschaft der Moderne erlaubt jedoch, dass man sich von seiner eigenen Herkunft distanzieren und lösen kann, wenn man es möchte. Es ist theoretisch möglich, vollkommen verschiedene Lebenswege einzuschlagen, selbstverständlich gibt es praktisch weiterhin zahlreiche Zwänge. Doch grundsätzlich gibt es eine Vielzahl von Alternativen, wie ich mein Leben gestalten kann. Die Moderne produziert Fortschritt und immer auch eine entsprechende Gegenbewegung.

Auch die AfD und die FPÖ sowie Trump sind somit ein Produkt der Moderne – auch wenn sie das nicht gerne hören werden. Und in der Tat kennen wir wohl alle solche Konflikte in unserem Bewusstsein, das Spannungsfeld zwischen Individualität und Gemeinschaft, zwischen digitalem Leben und der Sehnsucht nach dem einfachen Leben. Wir müssen unseren individuellen Weg finden. Das ist die Zumutung der Moderne. Zygmunt Baumann stellte dazu fest:

„Das Projekt der Moderne versprach, das Individuum von seiner ererbten Identität zu befreien. Es stellt sich keineswegs gegen Identität schlechthin, dagegen, dass man eine Identität – auch eine stabile, unverwüsthliche, unveränderliche Identität – hatte. Es wandelte Identität lediglich um: von etwas Zugeschriebenem zu einer Leistung – und erklärte sie so zur individuellen Aufgabe in der Verantwortung jedes einzelnen.“⁷

Die eigene Identität zu entwickeln und aufzubauen – das ist eine Lebensaufgabe. Jeder Schritt will überlegt sein, inwieweit dieser zu dem Ideal der eigenen Identität passt. Der moderne Staat muss die individuellen Lebensentwürfe, die einzelnen Identitäten, die wir uns schaffen, schützen. Damit ist die reaktionäre Kampfgemeinschaft ganz und gar nicht einverstanden. Übrigens war diese

reaktionäre politische Strömung früher keineswegs so auf Krawall gebürstet, was ihre Opposition zum Staat anging. Ganz im Gegenteil. Die radikale Rechte fing erst an, dem Staat zu misstrauen, als dieser demokratisch wurde, die Rechte von Minderheiten garantieren sollte und dies zunehmend auch praktisch zu gewähren begann.

Leute wie Björn Höcke sprechen fast immer nur vom Volk. Nicht der einzelne Mensch, nicht das Individuum und seine Rechte sind die Kategorien, die in der extremen Rechten zählen, sondern das Kollektiv – und zwar ein Kollektiv, das man sich nicht aussuchen konnte oder durfte oder brauchte. Ein Zwangskollektiv. Das Deutschsein. Wenn ich angesichts der modernen Zeiten unsicher bin, was ich eigentlich bin und sein will, was ich für eine Identität aufbauen könnte, bleibt mir immer noch meine Nationalität als Rettungsring, an den ich mich klammern kann. Das ist allerdings nicht gerade viel – und daher wird drumherum ein möglichst pathetisches Weltbild aufgeblasen: Die Legende, es sei mutig sich als Deutscher zu bekennen und die deutsche Flagge zu hissen. Die Vorstellung, man sei als Deutscher besonders bedroht und unterdrückt – die Behauptung, dass man eine Pflicht habe, gegen angebliche Putschisten im Bundestag aufzustehen.

„Die radikale Rechte fing erst an, dem Staat zu misstrauen, als dieser demokratisch wurde – und seitdem die Rechte von Minderheiten garantieren sollte – und dies zunehmend auch praktisch gewährt.“

Man sieht sich in einem apokalyptischen Endkampf, möchte so dem eigenen Dasein mehr Bedeutung verleihen. Ein Mechanismus, den man aus Faschismus und Islamismus kennt. Nur als Teil des Großen hat der Einzelne demnach seine Daseinsberechtigung. Eine Erzählung, die keineswegs nur bei der sogenannten Unterschicht zieht. Ganz im Gegenteil: Gerade viele durchaus gebildete Männer

⁷ Bauman, Zygmunt: Das Unbehagen in der Postmoderne, Hamburg 1999, S. 40.

→ AfD-Kundgebung (Neu-
brandenburg, 12.08.2016).
Photo: Grischa Stanjek,
© JFDA e.V.



finden die Option, ihr vielleicht nicht ganz so aufregendes Leben durch so eine wilde Erzählung etwas aufzupeppen, sehr attraktiv. Viele fühlen sich offenkundig zu Höherem berufen.

„Wer am lautesten und schrillsten schreit, kann eine Dynamik der Aufregung in Gang setzen. So können sich Populisten mit gezielten Provokationen und vermeintlichen Tabubrüchen inszenieren und Skandalisierung herbeiführen. Wir haben ein mediales Biotop für Populisten geschaffen.“

8 Petry hält „provokante Aussagen“ für unerlässlich (07.03.2016), in: Welt, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article153035698/Petry-haelt-provokante-Aussagen-fuer-unerlaesslich.html> (Stand: 11.01.2017).

Doch wieso konnte diese Erzählung, die längst nicht nur Björn Höcke verbreitet, so wirkungsmächtig werden? Hier kommen die Mechanismen der Publikumsdemokratie ins Spiel. Einfach und emotional – so funktionieren die Botschaften und Parolen von AfD, Pegida und auch Trump in den USA. Einfach und emotional – das sind auch die besten Voraussetzungen dafür, dass ein Thema in vielen Medien gut läuft. Boulevard und knallige

Talkformate, aber auch Social Media scheinen wie gemacht für Populisten: Wer am lautesten und schrillsten schreit, kann eine Dynamik der Aufregung in Gang setzen. So können sich Populisten mit gezielten Provokationen und vermeintlichen Tabubrüchen inszenieren und Skandalisierung herbeiführen. Wir haben ein mediales Biotop für Populisten geschaffen.

AfD-Chefin Frauke Petry schrieb in einer Mail an die Mitglieder, um sich medial Gehör zu verschaffen, seien „pointierte, teilweise provokante Aussagen unerlässlich“, sie würden erst die notwendige Aufmerksamkeit für die Partei schaffen.⁸ Im zweiten Schritt könne man die eigene Position dann „sachkundig und ausführlicher“ darstellen. Zuletzt konnte man dieses Schauspiel nach dem Anschlag in Berlin verfolgen.

Im US-Wahlkampf profitierte Trump von den Mechanismen der Publikumsdemokratie. Die mediale Aufmerksamkeit, die ihm geschenkt wurde, hätte er sich auch für sein gesamtes Vermögen nicht kaufen können. Auch in Deutschland wurde der Aufstieg der AfD durch lautes mediales Getöse und Aufregung in den Netzwerken begleitet. Bei Facebook ist die AfD mit Abstand die stärkste Partei, das

bezeugt die Zahl der „Likes“: fast 300.000 nur für die Bundespartei. Eine effektive Strategie gegen die Populisten fehlt hingegen bislang. Im Gegenteil: klassische Medien schauen immer stärker darauf, was „das Netz“ meint.

Doch vielleicht lässt sich der politische Schlagabtausch in den sozialen Medien einfach nicht effektiv führen oder sogar gewinnen, weil die Mechanismen zu sehr den Populisten in die Hände spielen. Möglicherweise forcieren wir deren Aufstieg, weil viele Medienmacher überzeugt sind, sie müssten noch kürzer und knackiger berichten. Wir müssen bei der kleinteiligen Auseinandersetzung mit Hasskommentaren den großen Kontext im Hinterkopf behalten und sie stärker als Ausdruck einer großen Bewegung verstehen, als Teil eines reaktionären Narrativ. Und vor allem sollten wir nicht auf Wiederholungen hereinfliegen. Leider eliminieren wir unsere Erinnerung gerade, weil die sozialen Netzwerke keine vernünftige Archivfunktion bieten. Kaum etwas von dem, was wir dort schreiben und erarbeiten und diskutieren, lässt sich später effektiv wiederfinden. Die sozialen Netzwerke sind sozusagen die Spitze der flüchtigen Moderne.

Versuchen wir die Ideologie, mit der wir es zu tun haben, zu benennen: Das erscheint zunächst schwierig, da die neue nationalistische Bewegung nicht eindeutig zu fassen ist. Man beruft sich auf verschiedene Vordenker, integriert Protestformen der Linken und stellt sich gerne als unpolitisch dar. Das allerdings ist nichts Ungewöhnliches. Umberto Eco stellte dazu fest, der Faschismus sei immer ein verschwommener, unscharfer Totalitarismus gewesen, der in sich zahlreiche Gegensätze trug.⁹ Allerdings gebe es einige Merkmale für einen „Ur-Faschismus“, wie den Kult um Tradition und die Abwehr der Moderne, wobei sich diese weniger gegen den technischen Fortschritt wendet, sondern gegen die Ideale der Aufklärung. Dazu kommt der Kult um die Tat, Misstrauen gegen Intellektuelle und gegen kritische Kultur, das Streben nach Homogenität und Konsens. Der Ur-Faschismus gehe davon aus, dass ausschließlich der quantitative Wille der Mehrheit zählt, jeder muss dieser

Mehrheit folgen. Individuen haben kein Recht an sich als Individuum, sondern nur als Teil der Gemeinschaft. Eco bilanzierte: Der Ur-Faschismus könne in verschiedenen Gestalten, Tarnungen und Verkleidungen auftreten. Unsere Aufgabe sei es, den aufkommenden Ur-Faschismus zu enttarnen und zu bekämpfen. Es gebe zudem keinen Faschismus ohne einen rationalen, gewalttätigen Plan, um die Demokratie auszulöschen.¹⁰

⁹ Eco, Umberto: Ur-Faschismus (22. Juni 1995), in: The New York Review of Books, <http://www.nybooks.com/articles/1995/06/22/ur-fascism/> (Stand: 11.01.2017).

¹⁰ Ebd.

„Die Sprache des Hasses will kein Gespräch auf Augenhöhe eröffnen, sondern jeden Austausch beenden und das Objekt des Hasses degradieren. Das Gegenüber wird nicht zum Reden, sondern zum Schweigen gebracht.“

Wir haben in den vergangenen Jahren zugehört, wie dieser Plan von verschiedenen Akteuren inklusive eigenen Sprachcodes entwickelt worden ist. Der Hass in den Netzwerken war dabei nur der Auftakt. Hier wird die Sprache längst nicht mehr genutzt, um miteinander zu diskutieren, sondern um Meinungsaustausch zu beenden, um politische Gegner zu bedrohen und zu diffamieren. Oft wird Sprache angepriesen, um Konflikte zu entschärfen. Redet miteinander – dann wird es auch eine Einigung geben, so heißt es gerne. Doch Sprache kann ebenfalls ein wirksames Instrument sein, um jede Kommunikation im Keim zu ersticken – durch Totschlagargumente und Killerphrasen. Die Sprache des Hasses will kein Gespräch auf Augenhöhe eröffnen, sondern jeden Austausch beenden und das Objekt des Hasses degradieren. Das Gegenüber wird nicht zum Reden, sondern zum Schweigen gebracht. Die Ressentiments, die Hetze, das Kokettieren mit Gewalt – das alles sind keine Sorgen, keine demokratischen Meinungsäußerungen und auch keine Entgleisungen. Solche Erklärungen verharmlosen das Phänomen. Was wir sehen, lesen und hören – es ist die Sprache des Faschismus.

↓ Protest gegen die
„Bilderberger-Konferenz“
(Dresden, 10.06.2016).
Photo: Grisca Stanjek,
© JFDA e.V.





HAGEDORN

zensierr

Eine Spitze der Eisberge *

Samuel Salzborn

Der Fall Gedeon zeigte den instrumentellen Umgang der „Alternative für Deutschland“ (AfD) mit Antisemitismus – aber auch die Verankerung von Antisemitismus in der Partei.

* Eine erste Fassung des Beitrages ist am 11. Oktober 2016 in der taz.die tageszeitung erschienen.

Der Fall Wolfgang Gedeon ist schnell in Erinnerung gerufen: der AfD-Politiker, Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg, hat sich in seinen Schriften umfangreich, unmissverständlich und eindeutig antisemitisch geäußert. Das ist, für ein Mitglied eines deutschen Parlamentes, für sich genommen bereits ein Skandal. Der noch größere Skandal ist aber das Verhalten der AfD, mit dem Fall Gedeon umzugehen – und an diesem Verhalten der Partei kann man mehr über den Antisemitismus in der AfD erfahren, als schon aus dem, was Gedeon von sich gibt. Denn der Umgang zeigt, wie tief verwurzelt antisemitisches Denken in der AfD ist und warum die AfD zwar programmatisch betrachtet bisher keine explizit antisemitische Partei ist, aber fraglos eine Partei für Antisemit(inn)en.

Was hatte Gedeon geschrieben? In einem Buch hatte er geschichtsrevisionistische Neo-Nazis wie Horst Mahler, Ernst Zündel und David Irving als „Dissidenten“ bezeichnet und die Auffassung vertreten, dass sich in der Rechtsprechung „der zionistische Einfluss in einer Einschränkung der Meinungsfreiheit“ äußere. Für Gedeon arbeiten Juden an der „Versklavung der Menschheit im mes-

sianischen Reich der Juden“ mit dem Ziel der Durchsetzung einer „Judaisierung der christlichen Religion und Zionisierung der westlichen Politik“. Gedeon im Wortlaut:

„Wie der Islam der äußere Feind, so waren die talmudischen Ghetto-Juden der innere Feind des christlichen Abendlandes [...] Als sich im 20. Jahrhundert das politische Machtzentrum von Europa in die USA verlagerte, wurde der Judentum in seiner säkular-zionistischen Form sogar zu einem entscheidenden Wirk- und Machtfaktor westlicher Politik. [...] Der vormals innere geistige Feind des Abendlandes stellt jetzt im Westen einen dominierenden Machtfaktor dar, und der vormals äußere Feind des Abendlandes, der Islam, hat via Massenzuwanderung die trennenden Grenzen überrannt, ist weit in die westlichen Gesellschaften eingedrungen und gestaltet diese in vielfacher Weise um.“

So weit, so offensichtlich – aber bevor es im Juli 2016 zur rein kosmetischen Spaltung der AfD-Fraktion im Stuttgarter Landtag kam, war die Partei und ihr Führungspersonal händelnd darum bemüht, Expert(inn)en zu finden, die etwas statt ihrer zu Gedeon hätten sagen sollen. Die Frage, die Petry und Co. vordergründig umtrieb: Ist das Antisemitismus, was Gedeon vertreten hat? Man kann diese verzweifelte Suche nach Gutachter/innen,

← AfD-Kundgebung (Neubrandenburg, 12.08.2016).
Photo: Grischa Stanjek,
© JFDA e.V.

die statt der Partei diese Frage beantworten sollten, als rhetorische Strategie abtun. Viel naheliegender ist es aber, sie ernst zu nehmen und die Partei dafür in Verantwortung zu nehmen, was sie getan hat. Dann sieht man: Gedeon hat sich in aller Deutlichkeit und Unmissverständlichkeit antisemitisch geäußert und in zahlreichen Facetten antisemitisches Gedankengut von sich gegeben. Dass man nun in der AfD ernsthaft fragte, ob das von Gedeon geäußerte denn überhaupt antisemitisch sei, zeigt, dass man in der Partei offensichtlich den Inhalt der Aussagen selbst nicht für problematisch hielt, sondern sich einen Gesinnungs-TÜV wünschte, der diese Bewertung übernehmen sollte – weil man offenbar, eine andere plausible Erklärung gibt es nicht, selbst mindestens Teile des Weltbildes von Gedeon für unproblematisch hält.

Dieser Umgang zeigt zweierlei: Zum einen, dass die AfD selbst jede Verantwortung für ihr eigenes Handeln externalisieren wollte, nur um keine/n der eigenen Kamerad(inn)en verschrecken zu müssen – im Zweifel hätte eben irgendein/e (sowieso von der AfD und ihren Anhänger/innen mehr oder weniger verhasste/r) Wissenschaftler/in gesagt, Gedeon sei Antisemit, aber nicht man selbst; zum anderen, dass der Antisemitismus in der Partei tief verankert ist und die AfD Antisemit(inn)en anzieht wie ein Magnet. Denn wenn man selbst bei Gedeon nicht zu sehen in der Lage ist, dass seine Äußerungen antisemitisch sind, wo beginnt denn dann für die AfD Antisemitismus? Beim umgesetzten Massenmord?

Dass man in der AfD Antisemitismus nicht als solchen erkennt, entweder weil man nicht einräumen möchte, dass man selbst antisemitische Positionen teilt, oder Antisemit(inn)en nicht für das in Haftung nimmt, was sie sagen, zeigen zahlreiche andere Fälle – bei denen nie klar und unmissverständlich gesagt wurde, dass es sich um Antisemitismus handelt. Man hat stattdessen inhaltliche Distanzierungen unterlassen, weshalb Gedeon auch nur eine Spitze der antisemitischen Eisberge ist, die immer umfangreicher in der AfD sichtbar werden.

Bereits 2015 hatte der AfD-Lokalpolitiker Gunnar Baumgart aus Bad Münden die nazistischen Geschichtsrevisoren und Holocaust-Leugner Ernst Zündel, Gernot Rudolf und Fred Leuchter verteidigt und auf Facebook einen Artikel verlinkt, der behauptete, dass „kein einziger Jude“ durch „Zyklon B oder die Gaskammern umgekommen“ sei. Baumgart, der betonte, dass wenn er Kinder hätte, diese „den Geschichtsunterricht in Deutschland nicht besuchen“ dürften. Nach mehreren Strafanzeigen, die gegen ihn gestellt wurden, erklärte er, aus der AfD austreten zu wollen, „um Schaden von der Partei abzuwenden“.

„Der noch größere Skandal ist aber das Verhalten der AfD, mit dem Fall Gedeon umzugehen – und an diesem Verhalten der Partei kann man mehr über den Antisemitismus in der AfD erfahren, als schon aus dem, was Gedeon von sich gibt.“

Aber auch andere Funktionseliten der AfD haben sich antisemitisch geäußert, wie etwa deren hessischer Schatzmeister Peter Ziemann, der 2013 über „satanische Elemente in der Finanz-Oligopole“ und „freimaurerisch organisierte Tarnorganisationen“ phantasiert hatte. Oder ihr brandenburgischer Politiker Jan-Ulrich Weiß, der dem britischen Investmentbanker Jacob Rothschild in den Mund gelegt hatte, „wir“ würden Medien und Regierungen steuern. Oder der nordhessische AfD-Kreistagsabgeordnete Gottfried Klasen, der dem Zentralrat der Juden die „politische Meinungsbildungshoheit sowie die politische Kontrolle über Deutschland“ unterstellte. Und zuletzt hatte sich im Berliner Wahlkampf der stellvertretende AfD-Landesvorsitzende Hugh Bronson mit einem die Shoah relativierenden Auschwitz-Vergleich exponiert, als er twitterte: „Extreme sind urdeutsch, wie Menschen in Zügen: Entweder Auschwitz oder Refugees Welcome. Beides falsch!“.

„Dass man nun in der AfD ernsthaft fragte, ob das von Gedeon geäußerte denn überhaupt antisemitisch sei, zeigt, dass man in der Partei offensichtlich den Inhalt der Aussagen selbst nicht für problematisch hielt, sondern sich einen Gesinnungs-TÜV wünschte.“

Kay Nerstheimer, der für die AfD im Wahlkreis Lichtenberg bei der Berliner Landtagswahl das Direktmandat gewonnen hat, vermutet hinter dem Ersten und Zweiten Weltkrieg „Kräfte“, die nun auch einen dritten Weltkrieg verursachen wollen. Er phantasiert die Bundesrepublik zu einer „BRD Treuhandgesellschaft mit Sitz in Frankfurt am Main“, glaubt also an eine Finanzverschwörung. Dass Nerstheimer dann bei deren Konstituierung nicht zur AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus gehörte, ist die gleiche verlogene Kosmetik wie bei der Spaltung der Stuttgarter Landtagsfraktion, die medienwirksam inszeniert die Kritik am Antisemitismus der Partei abwürgte, inzwischen aber schon wieder rückgängig gemacht wurde.¹

Gedeon selbst übrigens hat, offenbar von jeder Erkenntnis völlig unberührt, nach der öffentlichen Diskussion über ihn noch nachgelegt und einem Kritiker, der seine antisemitischen Äußerungen in der *Zeit* analysiert hatte und Mitarbeiter beim Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin ist, gefragt, „von welchen nichtstaatlichen Stellen“ dessen Arbeit finanziert werde, denn das würde, so Gedeon, „sicher manchen Leser interessieren“ – dass Gedeon hier die Frage nur antisemitisch stellt, ohne sie selbst zu beantworten, baut auf das antisemitische Sugge-

stivpotenzial, bei dem sich Antisemit(inn)en ihren Wahn nur zuraunen müssen, ohne ihn explizit zu machen.

Dass dieser immer öfter und immer deutlicher auch als offener Antisemitismus artikuliert wird, zeigen die bisherigen Beispiele. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann aus der Partei für Antisemit(inn)en auch eine dezidiert antisemitische Partei werden wird. Den Weg dahin zeigt die obsessive Bemühung der AfD, NS-Begriffe wie „Volksgemeinschaft“ und „völkisch“ wieder positiv besetzen zu wollen – denn das schließt völkische und antisemitische Vernichtungspolitik der deutschen Volksgemeinschaft nicht nur ein, sondern diese Vernichtung ist die historische Wahrheit der Begriffe.

1 Fraktionschef Jörg Meuthen forderte Gedeons Ausschluss aus der Partei oder er würde selbst zurücktreten. Die nötige Zweidrittelmehrheit für den Ausschluss Gedeons wurde allerdings nicht erzielt. Dennoch ist Meuthen weiterhin als Bundessprecher der AfD aktiv. (Anm. d. Red.)

Autor_innen

Dr. Micha Brumlik

Professor (emeritus) für Erziehungswissenschaft an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main sowie Publizist.

Florian Eisheuer

Ethnologe und Politikwissenschaftler, Doktorand zum Thema Antisemitismus, mit dem Schwerpunkt Verschwörungstheorien und Rassismus.

Reinhard Fischer

Islamwissenschaftler und Referent der Berliner Landeszentrale für politische Bildung.

Patrick Gensing

Journalist und Autor mit dem Schwerpunkt Rechtsextremismus.

Melanie Hermann

Ethnologin mit den Schwerpunkten Antisemitismus, Antiziganismus, Geschlechterverhältnisse und Rassismus.

Frank Jansen

Journalist und Publizist mit dem Schwerpunkt Rechtsextremismus und Islamismus.

Prof. Dr. Beate Küpper

Professur für Soziale Arbeit in Gruppen und Konfliktsituationen an der Hochschule Niederrhein, Fachbereich Sozialwesen, stellvertretende Leiterin des Instituts *SO.CON Social Concepts* – Institut für Forschung und Entwicklung in der Sozialen Arbeit.

Jan Rathje

Politikwissenschaftler mit dem Schwerpunkt Rechtsextremismus und Politische Theorie.

Prof. Dr. Samuel Salzborn

Sozialwissenschaftler, Politologe und Journalist, Professor für Grundlagen der Sozialwissenschaften an der Georg-August-Universität Göttingen.

Gefördert durch:



Senatsverwaltung
für Integration, Arbeit
und Soziales

